



medico international



rund- schreiben 03/17

Afghanistan: Universität im Untergrund
Ostafrika: Das Antlitz des Hungers
Lateinamerika: Fatale Modernisierung

- 4 Kommentar: Zynismus als Massenphänomen
- 8 Afghanistan: Eine Universität im Untergrund

Schwerpunkt Fluchtabwehr

- 14 Freiwillig? Die EU-Rückkehrprogramme
- 17 Die Deklaration von Bamako
- 18 Kommentar zum Pariser Flüchtlingsgipfel

- 19 Sierra Leone: Katastrophe mit Ansage
- 22 Projekte - Projektionen
- 24 Ostafrika: Das Antlitz des Hungers
- 28 Porträt einer kurdischen HDP-Abgeordneten

Schwerpunkt Lateinamerika

- 30 Ecuador: Barocke Moderne
- 36 Guatemala: Protokoll eines Putschversuchs
- 38 Venezuela: Ein Ende ohne Neuanfang
- 41 Übersicht über medico-Projekte

- 42 medico aktiv
- 44 medico Materialliste
- 46 Service/Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

es geht immer darum, eine Idee zu finden, die größer ist als die Situation, so zitiert der medico-Kollege Thomas Seibert in seinem Artikel über die Untergrunduniversität in Kabul und Bamyán einen der Mitorganisatoren dieses Ereignisses. Mitten in den Verwüstungen eines kriegszerstörten Afghanistans, in dem es keine Aussicht auf Besserung gibt, diskutierten Hunderte Studentinnen und Studenten, Professoren, Politikerinnen und NGO-Mitarbeiter über philosophische Fragen. Stunden, die im Flug vergingen, weil die Wissbegierde und Diskussionsfreude so groß war. Die Idee, solche Räume jenseits der Ratlosigkeit der Gegenwart zu schaffen,

war wahrlich größer als die Situation. Sie beharrt darauf, dass es in jeder Situation Möglichkeiten der Selbstbehauptung gibt. Und das ist kein Argument für den deutschen Innenminister, der so gern nach Afghanistan abschieben lässt. Wie dieses waghalsige Unterfangen zustande kam, schildert der Text ab Seite 8.

Eine andere Idee, die größer ist als die Situation, haben unsere Kolleginnen und Kollegen des westafrikanischen Netzwerks zum Schutz der Rechte von Migranten. Wir veröffentlichen ihren kompromisslosen und gut argumentierten Aufruf gegen die europäische Migrationspolitik. Wer diesen Text nicht kennt, der glaubt vielleicht, dass gegen die entgrenzte Inhumanität dieser Politik, die libysche Warlords zum Schutz der europäischen Außengrenzen einsetzt und Wüstenlager einrichtet, kein Kraut gewachsen ist. Aber die Stimmen von Migrantinnen und Migranten, von Zurückgeschobenen und Abgelehnten sind selbstbewusst und hörbar. Manchmal sitzen unsere Kollegen auch mit dem deutschen Außenminister an einem Tisch, wie Ousmane Diarra im Interview berichtet. Das wichtigste daran: So prekär ihre Lage auch ist, sie bleiben bei einer Idee von Rechten der Migranten. Auch die ist größer als die Situation.

Hingegen wäre der somalische Hunger unbeschreiblich, gäbe es nicht Autoren wie Nuruddin Farah. Der somalische Schriftsteller, der vor 14 Jahren auf der medico-Konferenz „Macht und Ohnmacht der Hilfe“ sprach, beschreibt mit gebotener Zurückhaltung die Fatalität dieser sich wiederholenden Entwicklung. Jedes Mal ist das Ereignis katastrophaler und die Abstumpfung in der Wahrnehmung größer. Eine Sprache dafür zu finden, ist eine wichtige Form, sich dem entgegen zu stellen.

Am Ende dieses Heftes finden Sie einen Schwerpunkt zu Lateinamerika. Uns bewegt die Frage, warum die linken und linksliberalen Regierungen mit ihrem sozialen Modernisierungsversprechen gescheitert sind. Dieses Mal am Beispiel von Ecuador und Venezuela. Während wir daran arbeiteten, schrieb unsere Kollegin Karin Urschel eine kurze Notiz von ihren ersten Eindrücken einer Dienstreise nach Brasilien, die diese Bilanz bestätigt: Die Bar neben dem Hotel sei dreimal bewaffnet ausgeraubt worden. Die Nachbarin einer Freundin sei am Tag ihrer Ankunft ausgeraubt und vergewaltigt worden. Und vor ihrem Eintreffen in einem Café sei eine Familie dort überfallen worden. „Dass die Armut zunimmt, ist eindeutig.“

Herzlichst,
Ihre




Auf dem Sprung: In Lateinamerika kommt eine Phase widersprüchlicher Modernisierung an ihr Ende und in Afghanistan, von wo das Bild stammt, streiten junge Menschen für eine tragfähige Erneuerung.



Wir sind die Sint- flut

Zynismus als Massenphänomen: Wie Selbsttäuschung und Lüge das Mitgefühl ersetzen

Von Thomas Gebauer

Das Auseinanderfallen von Sprache und Wirklichkeit ist nichts, worauf allein Donald Trump ein Patent hätte. Auch europäische Politikerinnen und Politiker üben sich in Fake News. Angela Merkel beispielsweise, wenn sie im Wahlkampf mit humanitärer Geste tönt, dass sich Deutschland nicht einfach gegen Flüchtlinge abschotten und nicht einfach so weitermachen könne. Das klingt gut, steht aber im krassen Gegensatz zur aktuellen Politik Deutschlands, das sich wie nie zuvor abschottet und auf die Externalisierung aller aus der eigenen Lebensweise resultierenden Gefahren und Risiken setzt.

Es ist nicht neu, dass uns zur Legitimation politischer Macht allerlei Täuschungen zugemutet werden. Neu ist, dass solchen Irreführungen immer weniger widersprochen wird. Offenbar ist Zynismus zu einem Massenphänomen geworden, das längst auch weite Teile der Öffentlichkeit erfasst hat. Kaum jemand mehr ist von der Gerechtigkeit der globalen Verhältnisse überzeugt; aber viel zu viele haben sich mit dem Unrecht arrangiert und tun alles, um es zu stabilisieren. Die Konsequenzen, die daraus für das eigene Bewusstsein resultieren, sind fatal. Im Zynismus tritt an die Stelle des Mitgefühls die Lüge. Man weiß zwar noch um das Elend, das in der Welt herrscht, aber sieht die Elenden letztlich selbst für ihre Lage verantwortlich. Auf solchen Selbsttäuschungen wuchern schließlich auch die aggressiven Entgleisungen einschlägiger Politiker.

„Die Maschine hat den Piloten abgeworfen, sie rast blind durch den Raum. Im Augenblick ihrer Vollendung ist die Vernunft irrational und dumm geworden.“

Max Horkheimer, 1947

Etwa die von Franz-Michael Skjold Mellbin, dem Botschafter der Europäischen Union in Afghanistan, der die Frage, warum man Geflüchtete nach Afghanistan abschieben könne, Anfang April 2017 im französischen Fernsehkanal France24 so beantwortet hat: „Es ist ein sicherer Platz gemessen an der Sicherheit, die wir heute in der Welt erwarten können. Wir erleben groß angelegte Terrorangriffe auf Zivilisten in Europa, und wir erleben sie in Kabul. Das ist Teil des täglichen Risikos, mit dem wir heute alle zu leben haben.“ Die Menschenverachtung, die aus solchen Sätzen spricht, verspritzt ihr Gift in drei Richtungen. Sie verharmlost den Krieg in der Fremde und dramatisiert zugleich die Bedrohung des Eigenen; vor allem aber sorgt sie für die weitere Demoralisierung der Öffentlichkeit.

Schauen wir zunächst nach Afghanistan. Wie unsicher Afghanistan ist, wissen auch die in Kabul residierenden Diplomaten. Nur noch selten verlassen sie ihre militärisch gesicherten Gettos, und wenn sie es tun, dann nur in gepanzerten Fahrzeugen. Die Sicherheitsvorkehrungen, mit denen sich Ausländer in Afghanistan schützen, haben in den letzten Jahren systematisch zugenommen. Immer größere Anteile der als Aufbauhilfe deklarierten Unterstützungsleistungen fließen in den Bau von

Mauern und Schutzräumen, in Kameraüberwachung, Schutzwesten etc. Gleichzeitig wächst die Zahl der „Geisterprojekte“, die nur noch auf dem Papier bestehen: Schulen beispielsweise, in denen schon lange kein Unterricht mehr stattfindet, die aber als Beleg dafür herhalten müssen, dass Fluchtursachen bekämpft würden.

11.000 Zivilisten sind im letzten Jahr dem Krieg in Afghanistan zum Opfer gefallen; drei Millionen Binnenvertriebene gibt es wieder. Die Lage sei „volatil“, so der UNHCR, die Aufnahmekapazitäten erschöpft, seit das Nachbarland Pakistan die letzten rund um Peshawar verbliebenen Flüchtlingsunterkünfte auflöst und inzwischen rund 600.000 Afghaninnen und Afghanen abgeschoben hat. Schon heute muss sich das vom Krieg zerrüttete Afghanistan um mehr Flüchtlinge kümmern als es das reiche Deutschland im „Sommer der Migration“ getan hat. Und nun sollen auch noch die 80.000 aus Europa hinzukommen, die „Ausreisepflichtigen“, wie sie im Beamtendeutsch heißen, zu deren Rücknahme die afghanische Regierung genötigt wurde.

Aufrüstung nach innen

Keiner hat eine Ahnung, wie das gehen soll. Denn wer heute nach Afghanistan abgeschoben wird, kommt in ein Land, in dem 40 Prozent der Leute nicht mehr wissen, wie sie sich morgen ernähren sollen; ein Land, das von der schlimmsten humanitären Krise seit 2001 geplagt wird, so das Internationale Komitee vom Roten Kreuz; ein Land, das im Human Development Index der Vereinten Nationen weit hinten auf Platz 169 von 175 rangiert.

Ist dies das Maß an Sicherheit, welches wir heute in der Welt erwarten dürfen – Lebensumstände, die von Krieg und Elend charakterisiert sind?

So absurd die Gleichsetzung von Afghanistan mit Europa ist, so infam ist die Botschaft, die aus ihr spricht. Denn wenn die Gefahren wirklich überall auf der Welt gleich sein sollen, dann legitimiert das nicht nur die Abschottung nach außen, sondern auch die sicherheitspolitische Aufrüstung nach innen. Wenn auch in Europa Umstände wie in Afghanistan herrschen, dann gibt es für die weitere Militarisierung von Polizei, für großflächige Kameraüberwachung und automatisierte Gesichtserkennung, für Checkpoints und Straßensperren, für die Kriminalisierung von Protest und Demonstrationen, für das Wegschließen von Auffälligen und schließlich für die Präsenz von Militär im Alltag kein Halten mehr. Dann gilt das, was sich so mancher europäische Innenminister insgeheim wohl schon lange wünscht: das Zurückdrängen von Bürger- und Menschenrechten zugunsten robuster Sicherheitspolitik. Ausgerechnet in Frankreich, das vielen als das Ursprungsland der Menschenrechte gilt, geht der Krieg gegen den Terror heute mit der systematischen Verletzung von Menschenrechten einher. Und ausgerechnet das liberale und weltoffene Hamburg musste kürzlich einen nie dagewesenen, die Bürgerrechte einschränkenden Polizeieinsatz über sich ergehen lassen, um ein Treffen von Politikern zu schützen, dessen Sinn sich niemandem mehr erschloss.

Wo Gefahren lauern, ist Handeln gefragt, keine Frage. Aber gerade die Dramatisierung von Gefahren sorgt dafür, dass der Raum für Politiker, die auf nachhaltige Veränderungen drängen, immer enger wird. Für ein politisches Engagement jedenfalls, das globale Gerechtigkeit und damit auch Korrekturen der eigenen Lebensweise zum Ziel hat, scheint es dort, wo die Sicherheit akut bedroht ist, keine Zeit zu geben. Es klingt absurd, aber eine Politik des „Weiter so!“ kann sich nicht zuletzt über der Dramatisierung ihrer Folgen weitere Zustimmung verschaffen.

Es ist höchste Zeit, diesen dumm gewordenen Pragmatismus zu durchbrechen und in der Krise die Chance für eine Umkehr zu sehen. Voraussetzung dafür freilich ist die öffentlich virulent werdende Überzeugung, dass es auch anders geht, dass die bestehende Realität nicht die einzig mögliche ist und das „Böse“ aufgehoben werden kann. Im Massenzynismus der Gegenwart gehen solche ethisch-moralischen Positionen verloren. Man erkennt zwar noch das Versagen der Macht, sieht aber keine Chance, ihr Einhalt zu gebieten. Im Zynismus wird die Ohnmacht verinnerlicht; Krieg und soziale Verunsicherung werden zu einem „Teil des täglichen Risikos, mit dem wir heute alle zu leben haben“, so der EU-Botschafter in Afghanistan.

uns die Sintflut“, der im letzten Jahr erschienen ist. Es liegt auf der Hand, dass sich gegenüber dem Unrecht umso besser zynisch sein lässt, wie seine konkreten Auswirkungen unsichtbar bleiben und die negativen Folgen der eigenen imperialen Lebensweise externalisiert werden. Ins Wanken gerät der Zynismus erst, wenn die Fundamente der Selbsttäuschung ins Wanken geraten – wenn wir also erkennen, was Georg Schramm, Kabarettist und Kuratoriumsmitglied der medico-Stiftung, bereits vor einigen Jahren auf der Bühne als Rentner Lothar Dombrowski verkündet hat: „Wir sind die Sintflut.“

Die Wurzeln des Zynismus

Die zynische Grundstimmung der Gegenwart aber ist nicht vom Himmel gefallen: Sie hat ihre Wurzeln in der neoliberalen Umgestaltung der Welt, genauer: in der Auflösung einer auf Solidarität und Mitmenschlichkeit fußenden Gesellschaftlichkeit. Die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensumstände, der tägliche Kampf aller gegen alle in einer zunehmend von Konkurrenz dominierten Gesellschaft hat solche Reaktionsmuster verstärkt und ihnen schließlich auch die Aura von „Coolness“ gegeben. „Cool“ sein bedeutet, den Ausweg nicht mehr über ein öffentliches und gesellschaftlich organisiertes Drängen auf eine andere Zukunft zu suchen, sondern sich über die Schaffung individueller Autonomie inmitten gegenwärtigen Unrechts einzurichten. Unter solchen Umständen kann sich das Bemühen um Sicherheit immer nur noch um die eigene Sicherheit drehen: um Abschottung und ein „Weiter so!“.

„Wir leben nicht über unsere Verhältnisse. Wir leben über die Verhältnisse anderer“, schreibt Stephan Lessenich in seinem Essay „Neben



Afghanistan Dialektik Aufklärung

Krieg, Anschläge und die Debatten um Abschiebungen prägen hier das Bild von Afghanistan. Doch es gibt auch das Afghanistan der Widersprüche und der Hoffnungen.

ns
der



Hunderte afghanische Studierende besuchen eine Untergrunduniversität: Es geht ihnen um das Begehren zu Begreifen

Von Thomas Seibert

Schon lange hatte der afghanische medico-Partner AHRDO die Idee einer Untergrunduniversität. Der Impuls, sie tatsächlich zu organisieren, entstand aus einer politischen Tragödie. Denn der ersten großen sozialen Bewegung seit Jahrzehnten in Afghanistan, die 2016 mit Massendemonstrationen auf sich aufmerksam machte, wurde am 16. Juli 2016 durch ein verheerendes Bombenattentat ein blutiges Ende bereitet. 97 Menschen starben, über 260 Menschen wurden verletzt. Direkte Augenzeugen des Geschehens waren unsere Kolleginnen und Kollegen von AHRDO, die sich an den Demonstrationen beteiligt hatten. Entsetzen, Wut, Verzweiflung und Ohnmacht sprachen aus den Emails, die wir damals erhielten. Und doch gab es keinen Stillstand. Am nächsten Morgen sammelten die Kolleginnen und Kollegen Gegenstände, die von den Opfern zurückgeblieben waren: Schuhe, Fetzen von Kleidung, Fahnen, Transparenten, Flugblättern. Ihren Ort fanden sie in „Memory Boxen“, mit denen AHRDO bei ihren Theaterprojekten arbeitet. Nun war klar: Die Untergrunduniversität muss jetzt erst recht stattfinden.

Von der Idee zur Umsetzung

„Es geht immer darum“, sagte uns Hjalmar Joffre-Eichhorn bei einem Treffen in Frankfurt, „eine Idee zu finden, die größer ist als die Situation“. Hjalmar ist ein deutsch-bolivianischer Drehbuchautor, Theatermacher und Regisseur.

Als Weltreisender des „Theaters der Unterdrückten“ hat er schon in mehr als 20 Bürgerkriegsländern gearbeitet. Heimisch geworden ist er erstaunlicherweise in Afghanistan, wo er 2009 zum Mitbegründer des medico-Partners Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation (AHRDO) wurde.

Die Idee, „die größer ist als die Situation“, reifte bei unserem Treffen zu einem konkreten Plan: Die Durchführung einer „Universität im Untergrund“, die ihren Ort zunächst in Kabul und dann in Bamyan finden sollte: in dem 200 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt gelegenen Hochtal, in dem die Taliban 2001 die jahrhundertalten Buddha-Statuen gesprengt hatten. „Wir suchen Anschluss an die internationalen linken Debatten“, formulierte Hadi Marifat, der ebenfalls bei dem Treffen dabei war. „Das ist es, was wir jetzt brauchen.“ Hadi ist der Programmdirektor von AHRDO. Aufgewachsen im Exil, kehrte er nach der ISAF-Intervention nach Afghanistan zurück, um beim Wiederaufbau – und bei der Demokratisierung des Landes zu helfen. Wie die anderen Mitgründer AHRDOs arbeitete er zunächst bei einer internationalen NGO. Von deren hilflos routinierter Arbeit schnell enttäuscht, suchten sie gemeinsam einen besseren Weg. Sie wollten den politischen Kampf für Menschenrechte und Demokratie auch mit Methoden des „Theaters der Unterdrückten“ führen, einer politischen Kunstbewegung, die in den 1970er Jahren in Brasilien entstand, in der Zeit der Militärdiktatur. Seit 2009 hat AHRDO nun

knapp 300, meist mehrtägige Theaterworkshops an vielen Orten Afghanistans durchgeführt, mit Tausenden von Leuten unterschiedlichen ethnischen und religiösen Hintergrunds. Stets geht es dabei um Geschichte und Gegenwart des Krieges, um die Verstrickung aller Beteiligten in Gewalt und Schuld, um den Kreislauf der Rache entlang der ethnischen und religiösen Spaltungen der Gesellschaft – und um die Bergung der betrogenen Hoffnungen ausnahmslos aller Generationen seit der Gründung des Landes im 19. Jahrhundert. Jetzt sollte dazu die freie öffentliche Debatte hinzutreten, geführt in einer Universität im Untergrund, unter dem Titel „Critical Thinking and the Future of Afghanistan“. Der Bezug auf die Kritische Theorie war kein Zufall, sondern Programm.

Kritische Theorie im Untergrund

Kaum hatten wir – AHRDO und medico – uns auf die Idee eingelassen, mussten wir feststellen, wie weit sie über die gegebene Situation hinausragte. Gemeinsam schickten wir Einladungen an sechzig linke Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler überall auf der Welt. Wir erklärten die Idee, garantierten die Kosten der Reise und, soweit absehbar, die Sicherheit. Unterm Strich blieben zwei Zusagen: der berühmte französische Philosoph Alain Badiou, über achtzig, und der schwedische Soziologe Göran Therborn, Autor von „The Killing Fields of Inequality“ und „From Marxism to Postmarxism“, über siebzig. Badiou sagte schließlich ebenfalls ab: Er sei mit der Fertigstellung seines letzten Buches in Verzug geraten und könne sich einen Aufschub in seinem Alter nicht leisten. Also sprangen wir selbst in die Bresche: AHRDO gewann afghanische Intellektuelle, Göran Therborn erklärte sich bereit, mehrmals zu sprechen, meine Kollegin Eva Bitterlich versprach einen Vortrag zum Feminismus und ich einen zur Dialektik der Aufklärung.

Im April 2017 eröffneten wir die Universität in einem abgelegenen Hotel in Kabul, in dem bessergestellte Familien Hochzeiten feiern. Danach tagten wir in den Räumen zweier Universitäten, in einem Gartenpalais und in Bamyan in der Aula des abrisssreifen Universitätsgebäudes. Obwohl nur per Mundpropaganda und Email beworben, kamen während der sechs Tage insgesamt 700 Menschen zusammen. Packend, bisweilen begeisternd waren nicht nur viele der Vorträge, sondern vor allem die folgenden Debatten. Kaum war ein Redner oder eine Rednerin fertig, schnellten unzählige Hände in die Höhe. Fast alle, die zuhörten, hatten sich Notizen gemacht, brachten jetzt ihre Kommentare, Einwände, Fragen vor. Der Zeitplan geriet hoffnungslos aus den Fugen, die Veranstaltungen mussten verlängert, der Imbiss verschoben, die Pausen gekürzt werden.

In Bamyan baten uns die Studierenden, eine zusätzliche Veranstaltung zur Geschichte der Kritischen Theorie durchzuführen. „Wir versuchen“, sagt uns Professor Mohammad Karimi, ein Soziologe von der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, „in der Tradition der Frankfurter Schule zu denken, weil Afghanistan, weit weg von Europa, ein ganz besonderer Schauplatz der Dialektik der Aufklärung ist. Doch wir haben nichts als pdf-Dateien aus dem Internet und wenige Bücher, die wir uns gegenseitig ausleihen. Noch nie haben wir mit jemandem von außerhalb sprechen können, der uns etwas zu unserer Lektüre sagen kann.“

Am nächsten Tag versammelten sich wieder über 300 meist junge Menschen im bis auf den letzten Platz gefüllten Raum, Männer und Frauen. Nach einer schlaflosen Nacht, in der ich meinen Vortrag vorbereitete, saßen wir wieder über drei Stunden zusammen. Die Luft war zum Schneiden, doch die Debatte riss nicht ab.

Spiel und Wirklichkeit

Ein Theaterprojekt bestimmte den dritten Tag der Untergrunduniversität, das im Palais der Babur Gardens stattfand. Wir waren etwa 30 Leute. Die Rolle des „Jokers“ – so heißen im Theater der Unterdrückten die Regisseure – lag bei Hjalmar. Zu Beginn zitierte er Augusto Boal, den Initiator des Theaters der Unterdrückten: „Eine Aufführung darf niemals enden, weil alles, was passiert, ins wirkliche Leben ausgelehnt werden muss.“

Die Arbeit, besser: die Spiele zerfielen in zwei Gruppen. Körperbetonte Übungen von je zwei Spielerinnen oder Spielern, bei denen sich wechselweise der eine in die Obhut der anderen begab, besser: begeben musste. Wer sich darauf einließ, verstand schnell, dass es darum ging, achtsam miteinander umzugehen, Furcht zu überwinden, mutig zu werden, sich Vertrauen zu schenken: keine leichte Übung, ganz im Gegenteil.

Danach folgten aus dem Stand gespielte Stücke, deren Themen Hjalmar sorgfältig ausgesucht hatte. Es ging um tödliche Gewalt im Verhältnis der Geschlechter und im Verhältnis von Menschen, die einander fremd sind. Es ging aber auch um die Fremde, die mit dem Gebrauch von Handys und Smartphones heraufzieht. Und es ging um das Verhältnis von Intellektuellen zu einfachen, oft schriftunkundigen Leuten: ein Spiel, das die Untergrunduniversität selbst zum Thema machte. Jedes Spiel wurde allen zur Debatte gestellt. Wer eine Kritik vorbrachte, musste vorspielen, was sie oder er besser machen würde. Das wiederholte sich zwei, drei Mal, solange, bis zumindest der Blick auf den verhandelten Konflikt ein anderer geworden war.

Am nächsten Abend – ein russisches Propellerflugzeug hatten uns in aller Frühe nach Bamyán

gebracht – saßen wir auf dem Dach unseres Hotels um ein Feuer, das in einem verbeulten Ölfass loderte. Wieder sprachen wir von der Rolle des Theaters, aber auch der Literatur und der Poesie in Afghanistans Dialektik der Aufklärung. Zahra Hussaini, eine AHRDO-Aktivistin aus Bamyán, trug Gedichte aus dem Persischen vor, die Hadi Vers für Vers für uns übersetzte.

Damit setzten wir ein Gespräch fort, das wir am Vormittag begonnen hatten, bei der Besichtigung der Höhlen, in denen über Jahrhunderte hinweg Statuen des Buddha standen. Hadi hatte uns dabei von der langen Geschichte erzählt, die dem modernen, postkolonialen Afghanistan vorausging, der Zeit, in der das Land Teil einer viel größeren Region war, die Khorasan genannt wurde: ein altpersisches Wort, mit „Land der aufgehenden Sonne“ zu übersetzen. Im Lateinischen heißt Khorasan „Orient“ (Osten), als Kurzform von sol oriens, aufgehende Sonne, im Deutschen werden Khorasan und Orient später „Morgenland“ genannt. Für Hadi und seine Freunde und Freundinnen steht der Name für das Unmögliche, das sie immer wieder neu zu erkämpfen hoffen. Khorasan benennt für sie den Traum von einem Land, in dem ethnischen und religiösen Differenzen nicht die spaltende Rolle zukommt, die sie seit dem Scheitern aller Versuche spielen, eine „afghanische Nation“ zu schaffen. Weil der heutige Ort Khorasans das Gedicht ist, in dem es erinnert wird, ist die Politik von der Poesie und vom Theater nicht zu trennen.

Im tagtäglich neu bewältigten Einfordern des Unmöglichen wollen wir unseren afghanischen Partnern gerne folgen. Deshalb fördern wir sie heute schon in den Plänen für das nächste Jahr: Dialoge zwischen den Fronten, neue Theaterprojekte und eine Sommerschule in Bamyán.

Spendenstichwort: Afghanistan



Auf der Suche nach einer Idee, größer als die Situation: 700 Menschen haben an den verschiedenen Stationen der Untergrunduniversität teilgenommen.



Das Theater der Unterdrückten als Methode, Furcht zu überwinden und mutig zu werden.

Vermeintlich freiwillig



Foto: Reuters

Migranten auf dem Weg durch die Sahara. Die europäische Abschottungspolitik zwingt die Menschen auf lebensgefährliche Routen.

Überredung und Gehirnwäsche – der mali- sche medico-Partner Ousmane Diarra über EU-Rückkehrprogramme

medico: Bislang hat sich die malische Regierung nicht auf ein Rückübernahmeabkommen mit der EU eingelassen. Warum?

Ousmane Diarra: Einerseits gibt es eine enorme Konkurrenz sowohl zwischen den afrikanischen Staaten als auch zwischen afrikanischen Organisationen und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) um die Mittel aus der Europäischen Union. Alle versuchen, es Europa recht zu machen, um an die Gelder zu kommen. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen werben darum und spielen das Spiel mit. Andererseits sind die afrikanischen Regierungen mit dieser Politik nicht einverstanden. Sie machen sich Sorgen um ihre eigene Bevölkerung, die stark auf die Migration angewiesen ist. Menschen, die zurückgeschoben werden, sind in der Regel vollkommen mittellos. Daran hat niemand Interesse. Insofern wächst der Druck aus der eigenen Bevölkerung, den Forderungen der EU nach Abschiebeerleichterungen nicht nachzugeben. Zumindest bis zu den anstehenden Präsidentschaftswahlen hat der Druck aus der Bevölkerung in Mali durchaus Gewicht.

Wie schätzt du die Programme zur „freiwilligen“ Rückkehr ein, die derzeit forciert werden? Gibt es Migranten, die davon profitieren könnten?

Es gibt eine kleine Gruppe von Migranten, die wirklich zurückkehren möchten. Ich nenne das „gewünschte freiwillige Rückkehr“. Für diese Menschen, die vielleicht in schwierigen Situationen sind, können diese Mittel ein Segen sein. Aber wir beobachten, dass bei einem Großteil

der vermeintlich freiwilligen Rückführungen nicht von Freiwilligkeit gesprochen werden kann. Die Menschen werden teilweise sogar belogen und erpresst, damit sie zurückgehen. Darin liegt eine große Gefahr. Man kann von „freiwilliger Rückkehr“ nur dann sprechen, wenn keine „Sensibilisierung“ und keine „Aufklärungskampagne“ gemacht wird, was manchmal einer Gehirnwäsche gleichkommt. Wenn also die Leute eine echte freie Entscheidung treffen – und zwar von sich aus. Tatsächlich wird den Leuten aber erzählt, es gebe Reintegrationsmaßnahmen nach ihrer Rückkehr, und es wird ihnen vorgegaukelt, dass sie über längere Zeit Unterstützung bekommen. Das ist aber nicht der Fall.

Kennt Ihr aus Eurer Arbeit Fälle, in denen Rückkehrern etwas versprochen wurde, was dann nicht erfüllt wurde?

Wir haben ein Programm für Migrantinnen und Migranten entwickelt, die von der sogenannten freiwilligen Rückkehr enttäuscht wurden – denen man falsche Versprechungen gemacht hat und die besonders stark unter der Rückkehr leiden. Einige zerbrechen daran und tragen psychosoziale Schäden davon. Unsere Motivation ist, einen „Fall ins Nichts“ aufzufangen, den eine Rückkehr für viele bedeutet. Wir sind gut ausgebildet im Bereich der psychosozialen Begleitung und in der Soforthilfe. Das ist für uns Routine. Wir können aber längst nicht allen Betroffenen helfen. Unsere Ressourcen sind angesichts der Dramen, die so viele Menschen erleben, sehr begrenzt. Häufig können wir nur

zusehen, wie erschöpft und traumatisiert die Leute sind. Die meisten sind zunächst völlig verloren. Sie wissen nicht, wie sie vor Ort neu beginnen sollen. Ihnen fehlt das Geld, selbst um über die ersten Tage zu kommen. Der malische Staat tut nichts, um diese Leute aufzufangen. Wir tun, was wir können, um die Menschen zumindest wieder in ihr soziales Umfeld zu reintegrieren und aus der Isolation zu holen.

Wie viele Zurückgekehrte brechen wieder auf?

95 Prozent würden wieder migrieren, wenn sie könnten. Es fehlen ihnen jedoch einfach die Mittel. Viele haben ihre Leben woanders aufgebaut. Sie haben dort ihre Bezüge, aber keine Kontakte mehr in Mali. Es gibt sogar Einzelfälle, in denen es Menschen gelingt, nach einer Abschiebung wieder mit einem Visum nach Europa zurückzukehren. Ich erinnere mich an einen Mann, der sich wirklich durchgekämpft hat. Er wurde 2008 aus Frankreich abgeschoben und hat seither um eine legale Rückkehr gekämpft. 2016 erhielt er endlich ein Visum und konnte offiziell und sicher mit Air France einfliegen.

Ist die Beobachtung richtig, dass die AME seit einiger Zeit mehr Aufmerksamkeit seitens europäischer Regierungsvertreterinnen und -vertreter bekommt? Zum Beispiel habt ihr Bundesaußenminister Sigmar Gabriel in Mali getroffen.

Im Rahmen unserer Arbeit bemühen wir uns schon immer, im Kontakt mit Botschaften, Institutionen und auch mit unserer eigenen Regierung zu sein. Einfach um besser zu verstehen, wie Migrationspolitik entsteht und beeinflusst wird und welche Herausforderungen und Risiken es gibt. Es ist also eine alte Praxis, die wir fortsetzen. Im Falle des deutschen Außenministers war es die AME, die auf die Botschaft zugegangen ist, weil Deutschland plante, 400 Malier abzuschieben. Wir wollten wissen, warum sie abgeschoben werden sollten und was mit ihnen geschehen wird. In gewisser Weise übernimmt

die AME Tätigkeiten, die eigentlich Journalistinnen und Journalisten leisten müssten: Dinge herausfinden, investigative Rückfragen an Institutionen stellen. So etwas gibt es aber in Mali nicht.

Du wurdest als Präsident der AME kürzlich vom Auswärtigen Amt zu einer Deutschlandreise eingeladen. Worum ging es dabei?

Ich habe immer viele kritische Fragen gestellt, die mir der Botschafter und andere Gesprächspartner aber nicht beantworten konnten oder wollten. Deshalb wurde ich schließlich nach Deutschland eingeladen. Diese Reise war so angelegt, dass die Bundesregierung versucht hat, afrikanischen Journalisten ein Bild davon zu vermitteln, wie gastfreundlich Deutschland ist und welche positiven Ansätze in der Migrationspolitik verfolgt werden. Die Kernbotschaft aber war: „Wir können und wollen nicht alle aufnehmen und wir sind gegen jegliche Form irregulärer Migration.“

Das Interview führte Ramona Lenz.

Als Selbstorganisation von Abgeschobenen bietet die AME psychosoziale Begleitung für Zurückgekehrte in Mali und unterstützt sie bei der schwierigen Reintegration. Zugleich setzen sich die Aktivistinnen und Aktivisten der Organisation gegen Abschiebungen aus Europa und für das Recht auf Freizügigkeit ein. Bei von medico unterstützten Netzwerktreffen tauscht sich die AME mit anderen Organisationen Westafrikas über die Auswirkungen der EU-Migrationspolitik und mögliche zivilgesellschaftliche Interventionen aus.

**Spendenstichwort:
Flucht und Migration**



Ousmane Diarra vom malischen medico-Partner Association Malienne des Expulsés (AME) hat die Bamako-Deklaration mitverfasst.

DEKLARATION VON BAMAKO

Wir, Organisationen der afrikanischen Zivilgesellschaft und der Diaspora, sind zutiefst besorgt über die Migrationspolitik, die auf Druck der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten umgesetzt wird. Diese Politik ist exklusiv und verfolgt ausschließlich die Sicherheitsinteressen Europas. Sie steht im Widerspruch zu den Interessen der afrikanischen Bevölkerung und der Migrantinnen und Migranten und hat fatale Auswirkungen auf die Freizügigkeit sowohl auf internationaler Ebene als auch auf dem afrikanischen Kontinent.

Die unterzeichnenden Organisationen verurteilen nachdrücklich:

- den Plan, Selektionszentren (sogenannte Hotspots) auf unserem Kontinent einzurichten, die die Rechte der Asylsuchenden verletzen;
- eine europäische Migrationspolitik, die zu einem Massensterben auf den Migrationsrouten beiträgt, dessen Hauptopfer unsere Jugend ist;
- den Druck der EU auf afrikanische Regierungen, Abkommen zu unterzeichnen, die im totalen Widerspruch zu den Interessen der afrikanischen Bevölkerung stehen;
- eine EU-Politik, die die bislang in verschiedenen Regionen Afrikas herrschende Freizügigkeit mit der Einführung innerafrikanischer Grenzschutzmaßnahmen untergräbt.

Wir fordern von unseren Staaten:

- die Anerkennung, dass Migration ein Grundrecht ist;
- keine Vereinbarungen mit Ländern der EU zu unterzeichnen, die diesem Grundrecht widersprechen;
- die Interessen der afrikanischen Migrantinnen und Migranten innerhalb und außerhalb Afrikas zu vertreten;
- eine echte afrikanische Politik zugunsten der Bürgerinnen und Bürger Afrikas zu verfolgen, die Migranten und vor allem Migrantinnen sowie die Rechte ihrer Kinder stärkt, ob sie sie begleiten oder nicht;
- auf die Entstehung einer echten afrikanischen Migrationspolitik hinzuarbeiten, die die positive Rolle der Migrantinnen und Migranten anerkennt und ihnen Rahmenbedingungen bietet, die ihre Würde und ihre Bedeutung als Träger der Entwicklung fördern.

Bamako, den 29.8.2017

Réseau Ouest Africain pour la Protection des Droits des Migrants, des demandeurs d'Asile et de la Libre Circulation (Westafrikanisches Netzwerk für den Schutz der Rechte von Migranten und Asylsuchenden sowie der Freizügigkeit)

Alle Mittel erlaubt

Die Flüchtlingsabwehr um jeden Preis wurde auf dem Pariser Gipfel zum Prinzip/ Ein Kommentar

Seit vielen Jahren verlagert Europa seinen Grenzschutz nach Afrika, scheut sich dabei auch nicht vor der Kooperation mit Militärdiktaturen und zwingt afrikanischen Staaten Rückübernahmeabkommen auf, die diese gegen die Interessen ihrer eigenen Bevölkerung unterzeichnen. Zugleich werden Menschen in Europa kriminalisiert, die Flüchtlinge aus Seenot retten oder Abschiebungen in die Kriegs- und Elendsgebiete dieser Welt verhindern, indem sie Kirchen- und Bürgerasyl gewähren. Bei jeder neuen Verschärfung des Asylrechts, bei jedem neuen Druck auf afrikanische Länder, die europäische Migrationspolitik umzusetzen, und bei jeder neuen Verkleinerung von Handlungsspielräumen für solidarische Strukturen stellt sich die Frage: War das „nur“ ein weiterer Schritt in dieselbe Richtung oder ist eine neue Qualität der Entrechtung erreicht?

Beim Flüchtlingsgipfel in Paris am 29.8.2017 nahmen die Regierungschefs von Frankreich, Deutschland, Spanien und Italien nun zwei der ärmsten Länder der Welt – Tschad und Niger – sowie das von einer Vielzahl bewaffneter Gruppen beherrschte Libyen in den Fokus, um dort Lager zu errichten, in denen über Asyl in Europa entschieden werden soll. Auch wenn diese Idee nicht neu ist, sind es die Skrupellosigkeit und Geschwindigkeit, mit denen auf höchster Ebene daran gearbeitet wird, sehr wohl.

Dass es bereits deutlich weniger Überfahrten über das zentrale Mittelmeer gibt, ist den Befürwortern der Abschottung Grund zur Freude. Es

scheint gelungen, eine der letzten Fluchtrouten nach Europa zu schließen, indem man nicht nur die zivile Seenotrettung aus dem Mittelmeer zurückdrängt, sondern zugleich brutale libysche Milizen dafür belohnt, Menschen auf der Flucht nach Europa abzufangen und in Elendslagern auf afrikanischem Boden festzusetzen, in denen nachweislich gefoltert, vergewaltigt und gemordet wird.

Wenn man Schutzsuchenden in Deutschland Geld dafür bietet, damit sie auf einen Asylantrag verzichten; wenn man den Familiennachzug systematisch erschwert, so dass ein Kind aus Syrien eher nach Aleppo zurückgeschickt wird, als dass seine Eltern und Geschwister nachkommen können; wenn man Afghanistan für sicher erklärt und Menschen in das kriegsgeplagte Land abschiebt – was ist dann noch dabei, wenn die EU militärisches Vorgehen gegen Flüchtlinge in Afrika unterstützt und die ärmsten und zerrüttetsten Länder der Welt dazu bringt, „Endlagerstätten für das Elend der Welt“ (Christian Jakob in der taz) zu beherbergen? Denn nichts anderes werden die geplanten Lager sein, in denen nur sehr, sehr wenige Menschen zu einem Asylantrag oder einer Jobberwerbung in Europa ermuntert werden. Die allermeisten werden gezwungen sein, umzukehren, weiterzuziehen oder in und um die Lager herum im Elend zu verharren, während man sich in Europa freut, die so genannte Flüchtlingskrise in den Griff bekommen zu haben.

Ramona Lenz

Katastrophe mit Ansage

Sierra Leone. Eine Schlammlawine hat Hunderte Menschenleben gekostet. Abu Brima über die Lage vor Ort und die Ursachen



Foto: medico

Abu Brima ist Direktor des medico-Partners Network Movement for Justice and Development (NMJD).

Am 14. August 2017 hat eine durch starke Regenfälle ausgelöste Schlammlawine in der Hauptstadt Freetown das Stadtviertel Sugar Loaf verwüstet. Tausende haben ihr Zuhause verloren, Hunderte sind gestorben. Weltweit wurde über das Desaster berichtet, nur wenig aber über die gesellschaftspolitischen Hintergründe dieser vorhersehbaren Katastrophe. Der medico-Partner Abu Brima war schnell am Ort des Geschehens und hat medico nur wenige Tage nach dem Unglück dieses Interview gegeben.

medico: Wer ist am stärksten von der Katastrophe betroffen?

Abu Brima: Da die Lawine den gesamten Berg

hinabgerauscht ist, kommen die Betroffenen aus allen Gesellschaftsschichten, von Mitgliedern des Kabinetts und Großindustriellen, die in exklusiven Gegenden auf den Gipfeln wohnten, bis zu einfachen Bürgern und den Armen, deren Behausungen sich bis zum Meer erstrecken. In der betroffenen Zone gab es auch Hunderte illegal errichteter Gebäude. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Regenfälle in anderen Teilen des Landes ähnliche Verwüstungen ange richtet haben. So haben im östlichen Kono-Distrikt Hunderte Menschen ihr Zuhause verloren, viele Schulen wurden zerstört. Diese Vorfälle haben aber nicht das Interesse der Medien geweckt – obwohl auch die Menschen dort dringend Unterstützung benötigen.

Du hast die illegal errichteten Gebäude erwähnt. Meint das einfache Behausungen einer Überlebensökonomie oder Häuser derjenigen, die es sich leisten können, ohne Genehmigung zu bauen?

Beides. Durch Konflikte und Missstände wie den Bürgerkrieg, den Ausbruch von Ebola oder die Korruption ist die Wirtschaft zusammengebrochen und die Armut gestiegen. Deshalb können sich die meisten Menschen Wohnraum in sicheren Gegenden des Landes nicht leisten und bauen ihre Häuser illegal in katastrophengefährdeten Gebieten. Es gibt aber auch viele Gebäude, die von reichen Menschen ohne Genehmigung errichtet wurden. Sie wollen ein

Leben außerhalb der verstopften Städte und zahlen dafür, von den Behörden nicht behelligt zu werden. Vor allem Amtsträger gehen hier mit schlechtem Beispiel voran, zumal sie sich darauf verlassen können, straffrei zu bleiben.

Kroo Bay, einer der größten Slums an der Küste, wird während der Regenzeit seit Jahren immer wieder überflutet. Die Regierung hat viele Versprechungen gemacht, aber an der Situation hat sich nichts geändert. Wie kommt das?

Kroo Bay ist zuletzt vor zwei Jahren überflutet worden. Die Regierung hatte damals versucht, die schutzbedürftigen Bewohner nach Six Mile anzusiedeln. Aber viele weigerten sich, weil sie fürchteten, in dieser entlegenen Gegend ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten zu können. Hinzu kam, dass die Regierung zentrale Infrastrukturen wie Gesundheitsversorgung, Trinkwasser oder Elektrizität nicht sicherstellen konnte. Weil den Menschen keine wirkliche Alternative geboten wurde, sind sie geblieben, wo sie waren.

Die Katastrophe kam nicht unerwartet. Umweltschutzorganisationen warnen seit Langem. Freetown, direkt am Atlantik gelegen, ist eine der feuchtesten Städte der Welt und die hügelige Waldlandschaft ist ein lebensnotwendiger Schutz – doch die Abholzung schreitet in alarmierendem Tempo voran. Welchen Zusammenhang siehst du zwischen der Schlammlawine und der Umweltzerstörung?

Ohne Zweifel ist die unkontrollierte Abholzung eine zentrale Ursache. Freetown verzeichnet im Jahresdurchschnitt relativ hohe Niederschläge, deshalb ist es wichtig, Bäume und Wälder langfristig zu schützen. Durch die Entwaldung erodiert das Erdreich und während der Trockenperiode dörft es aus. Die ständige Ausdehnung und Kontraktion des Bodens führt zu beschleunigter Verwitterung des Gesteins. Erdbeben, Erosion und Schlammlawinen sind

die Folge. Hinzukommt, dass der Bevölkerungsanstieg in Freetown gepaart mit schlechter Stadtplanung zu noch schlechteren Landnutzungsformen geführt hat. Außerdem ist der Mount Sugar Loaf, der Ort der Katastrophe, geologisch nicht sicher und denkbar ungeeignet für den Bau von Häusern und Siedlungen. Der Wald ist eigentlich eine "No-go-Zone" für Wohnhäuser und Bauten aller Art, um die Trinkwasserversorgung nicht zu gefährden.

Kann oder will der Staat diese Entwicklung nicht verhindern?

Schon um die Jahrtausendwende, als die Sierra Leone People's Party an der Macht war, wollte die Regierung alle Bewohner evakuieren und illegale Gebäude zerstören. Während der Tumulte gegen diese Maßnahme wurde ein füh-

„Leider wird die Verpflichtung, Menschenrechtsstandards einzuhalten, nicht sehr ernst genommen.“

render Mitarbeiter des Ministeriums für Landwirtschaft durch die Bewohner brutal ermordet. Seither ist das Land praktisch freigegeben, jeder kann nehmen, was er oder sie will. Die Regierung schreckt selbst dann davor zurück, die Menschen zur Evakuierung aufzufordern, wenn klare Warnhinweise vorliegen. Ein solcher Plan scheiterte zuletzt 2015.

Glaubst du, dass auch der Klimawandel eine Rolle für die jüngste Katastrophe spielt?

In der Liste der weltweit vom Klimawandel am meisten gefährdeten Länder steht Sierra Leone auf Platz drei. Insofern: Ja. Ich will allerdings auch sagen, dass Sierra Leone durchaus Anstrengungen unternommen hat, die Umwelt durch die Verabschiedung von Gesetzen zu

schützen. So gibt es eine Behörde für nationale Schutzgebiete. Deren Befugnisse sind – auch angesichts eines Baubooms – allerdings so stark beschnitten worden, dass sie kaum etwas bewirken kann. Es gibt auch eine Behörde für den Schutz der Umwelt, die das Umweltschutzgesetz von 2008 in Kraft setzen soll. Dieses Gesetz könnte ein effektives Instrument sein. Es wird allerdings nicht umgesetzt. Das liegt auch an einem Mangel an verantwortlichem Engagement der Behörden. Laut Bericht des Generalrechnungsprüfers gibt etwa die Umweltschutzbehörde 96 Prozent ihres Budgets für Verwaltung aus und nur magere vier Prozent für Katastrophenschutzmaßnahmen.

Wie könnte das Handeln politischer Entscheidungsträger aus einer Menschenrechtsperspektive verändert werden?

Wir müssen weiter versuchen, die relevanten Behörden zu überzeugen, wie notwendig es ist, Entscheidungen im Interesse des Gemeinwesens zu treffen. Wir müssen auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen und Gemeinden mobilisieren, von der Regierung und den lokalen Behörden Sicherheit für alle durch Umweltschutz zu fordern. Leider wird die Verpflichtung, Menschenrechtsstandards einzuhalten, in Sierra Leone nicht sehr ernst genommen. Kaum ein legislatives Werkzeug orientiert sich an den Menschenrechten. Stattdessen besteht die Gefahr, dass alles kommerzialisiert wird – mit verheerenden Auswirkungen.

Was muss jetzt angesichts des jüngsten Desasters getan werden?

Die Regierung erwägt, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Es sollen konkrete Empfehlungen erarbeitet werden, um eine Wiederholung zu verhindern. Akut sollte sie sicheren Wohnraum für diejenigen zu Verfügung stellen, die ihr Zuhause verloren haben. Nur so kann verhindert werden, dass die Menschen erneut Häuser in katastrophengefährdeten Ge-

bieten bauen. Die Regierung sollte Landpolitik, Planung und Umweltpolitik stärken. Außerdem müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Landgrabbing zu verhindern, besonders in Naturschutzgebieten. Landtransaktionen zum Zweck illegaler Bautätigkeit müssen kontrolliert werden. Außerdem sollte in den Gemeinden das Bewusstsein über die Risiken erhöht werden.

Wird es zu Zwangsräumungen kommen?

Zwangsräumungen können Leben retten. Sie sollten aber im Rahmen internationaler Menschenrechtsstandards durchgeführt werden. Das allerwichtigste ist, dass die Regierung die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Menschen endlich ernst nimmt.

Das Interview führte Anne Jung.

Der langjährige medico-Projektpartner Network Movement for Justice and Development (NMJD) unterstützt die Bevölkerung in der Region Kono beim Wiederaufbau und mit Präventionsmaßnahmen. Als zentraler Akteur der sierra-leonischen Zivilgesellschaft setzt sich das Netzwerk für einen gerechten Umgang mit den Bodenschätzen ein und leistet Rechtsberatung gegen Enteignung und Ausbeutung.

Spendenstichwort: Sierra Leone

Projekte Projektionen onen



Land unter Wasser

Südasien. In der Katastrophe bewährt sich kritische Nothilfe

In Folge des Erdbebens in Nepal im Frühjahr 2015 hatte der medico-Partner AYON, der Dachverband der Jugendverbände, im Sinne einer kritischen und langfristig wirkenden Nothilfe im ganzen Land Jugendliche in Erster Hilfe und Katastrophenbewältigung ausgebildet – nicht ahnend, wie schnell diese Fähigkeiten benötigt werden. Bereits mit den ersten Überflutungen im Süden Nepals im Juli 2017 konnte AYON schnell Jugendliche mobilisieren, um Hilfsgüter zu verteilen. Dann fiel der Regen ununterbrochen weiter. Anfang August setzten in Südasien schwere Überschwemmungen ganze Landstriche unter Wasser. Ernten wurden vernichtet, Schlammlawinen rissen Dörfer weg, Erdbeben

zerstörten Straßen und Brücken. Nach Angaben der UN sind mehr als 45 Millionen Menschen betroffen – und wie so oft sind es vor allem die Ärmsten. Um Familien in abgelegenen Dörfern mit dringend benötigten Nahrungsmitteln, Medikamenten und Decken zu versorgen sowie bei den Aufräumarbeiten zu helfen, waten Aktivistinnen und Aktivisten kilometerweit durch hüfthohes Wasser und Schlamm. Neben der praktischen Hilfe geht es auch um ein Signal der Solidarität, sich gemeinsam auf den schwierigen Weg zurück in den Alltag zu machen. Auch andere medico-Partner in der Region leisten Nothilfe für die Flutopfer – in Nepal ebenso wie in Bangladesch und in Pakistan, wo das von medico finanzierte Katastrophenschutzzentrum seinen ersten Einsatz erlebt.

Spendenstichwort: Südasien

Gewalt im Unsichtbaren

Kenia: Nach der Wahl – vor der Wahl

„Wir waren offline, weil wir uns verstecken mussten“, schreiben die Aktivistinnen und Aktivisten des medico-Partners Kaplet endlich, zehn Tage nach den Präsidentschaftswahlen aus Nairobi. „Polizisten machen auf Aktivisten wie uns und andere, die gegen die Wahlfälschung protestieren, regelrecht Jagd.“ Polizei und Militär hätten gezielt Stadtviertel abgeriegelt, in Vierteln wie Kinyago und Kanuku wurden Häuser angezündet, Menschen verhaftet und getötet. Die Menschenrechtsaktivisten wissen allzu genau, wovon sie sprechen: Seit vielen Jahren dokumentieren sie – oft unter Lebensgefahr – die staatliche Willkür und Gewalt in den Slumgebieten im bitterarmen Osten Nairobis. Ihre aktuellen Berichte widersprechen dem Bild, das die Regierung und die internationalen Medien ver-

breiten: Anders als 2007 sei es nicht zu den befürchteten Gewaltausbrüchen gekommen. Das Interesse an Stabilität und Ruhe im politischen und wirtschaftlichen Zentrum Ostafrikas ist groß. Und tatsächlich blieb die Gewalt diesmal auf jene verworfenen Orte begrenzt, die – obgleich das Zuhause von Millionen Menschen – in der öffentlichen Wahrnehmung ohnehin nicht vorkommen. Die Berichte der medico-Partner sind insofern nicht nur Belege konkreter Menschenrechtsverletzungen. Sie sind auch ein Einspruch gegen jene Machtverhältnisse, die das Leben der Ausgeschlossenen in die Unsichtbarkeit verbannen. Anfang September 2017 wurden die Zweifel an der Korrektheit des Wahlergebnisses von höchster Stelle bestätigt: Der oberste Gerichtshof hat die Wahl annulliert und Neuwahlen angeordnet. Ausgang ungewiss – die Auswirkungen ebenso.

Spendenstichwort: Ostafrika

Ins Elend gerettet

Bangladesch: Nothilfe für die verfolgten Rohingya

Der langjährige medico-Partner Gonoshasthaya Kendra [GK], entstanden während des bangladeschischen Unabhängigkeitskrieges, hat viel Erfahrung, Menschen in Notsituationen beizustehen. Aktuell steht er gleich zwei gewaltigen Herausforderungen gegenüber: Den Flutopfern (siehe links) hilft er mit notfallmedizinischer Unterstützung und Lebensmitteln. Gleichzeitig bemüht er sich, 40.000 Rohingya zu unterstützen, die nach der Flucht vor Massenmord und Vertreibung aus Myanmar in den Gemeinden Whykong, Shamlapur und Putibonia eine erste Unterkunft gefunden haben. Die Maßnahmen reichen von Basisgesundheitshilfe über Bereitstellung von Trinkwasser bis zur Verteilung von

Kleidung und Plastikplanen. Denn die Lage der Rohingya ist desaströs: Hinter ihnen liegt verbrannte Erde und wartet der Tod. Doch auch in Bangladesch sind sie nicht mehr willkommen. Entgegen der früheren Praxis gewährt der Staat ihnen offiziell kein Asyl mehr. Schon jetzt hausen rund 500.000 nicht anerkannte Rohingya in Elendsvierteln ohne jede Infrastruktur. Die mehr als 300.000 Neuankömmlinge versuchen, hier Unterschlupf zu finden. Für GK ist die Arbeit an der Seite der Rohingya nichts Neues. In der jahrzehntelangen Solidarität geht es nicht nur ums nackte Überleben, sondern auch um Beistand im Kampf der Verachteten um ihre Rechte.

Mehr zur Geschichte der Verfolgung der Rohingya unter www.medico.de/rohingya

**Spendenstichwort:
Nothilfe Bangladesch**

Antlitz des Hungers

Eine Nahrungskrise hat Ostafrika fest im Griff.
Schon wieder. Ein Essay von Nuruddin Farah

Während ich am Flughafen von Mogadischu auf ein Taxi wartete, erzählte mir ein Polizist eine ungeheuerliche Geschichte. Folgendes habe ich zugetragen: Eine ausgezehnte Ziege entdeckte ein in ein grünes Tuch eingewickeltes Baby. Blind vor Hunger, hält sie es für ein Büschel Gras, und beißt ein Stück von seinem abgemagerten Oberarm ab. Von den Schmerzensschreien des Kindes aufgeschreckt, sinkt seine Mutter auf die Knie und beginnt weinend zu beten. Am nächsten Tag in Mogadischu erzählte mir ein Freund eine weitere Version der gleichen Geschichte.

Für mich steckt in der Drastik dieser Ziege-frisst-Baby-Geschichte vieles von dem, was man über die gegenwärtige Hungersnot auf der somalischen Halbinsel wissen muss: sechs Millionen bedrohte Menschen, vernichtete Ernten, totes oder sterbendes Vieh. Cholera, Typhus und Meningitis beenden die Arbeit, die der anhaltende Hunger begonnen hat.

Die Verflechtung von Kriegen und Hungersnot hat das Sterben unter den somalischen Bauern- und Viehhalterfamilien vervielfacht. Angaben des US-amerikanischen Außenministeriums zufolge haben Dürre und Hunger seit November 2016 mehr als eine halbe Million Somalis dazu gezwungen, in Flüchtlingslagern am Rande von Mogadischu und anderen Städten Zuflucht zu suchen. Schon vor der aktuellen Krise gab es in Somalia rund 1,1 Millionen Binnenvertriebene. Die Familien in den Camps

haben ihre versengten Felder verlassen und sind weite Strecken in Gluthitze durch verdorrte Landschaften gelaufen. Eltern hat es in die Verzweiflung getrieben, mitanzusehen zu müssen, wie ihre kleinen Kinder an Hunger, Durst oder beidem sterben. Hunger gräbt sich tief in die Erinnerung von Kindern ein. Laut UNICEF sind mehr als eine Million Kinder in Somalia akut unterernährt.

Erinnerungen an frühere Nahrungskrisen kehren zurück. 1974 lebte ich in Somalia, als ausbleibender Regen sich zu einer Hungersnot auswuchs. Damals standen plötzlich notleidende Verwandte vor unserer Haustür. Sie hatten ihr gesamtes Vieh verloren und mehrere Kinder waren bereits gestorben. Siebzehn Jahre später, es war 1991, zerstörte der Bürgerkrieg nicht nur den somalischen Staat, er führte auch zu einem dramatischen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion. 2011 legte sich erneut der Hunger über das Land. Ich erinnere mich daran, wie ich inmitten einer vertrockneten Landschaft stand und ein lauer Wind, ebenso ausgezehrt wie die Menschen, über die Ödnis blies, zu schwach, um auch nur den Staub in den Rissen der ausgedorrten Erde aufzuwirbeln. Ich begegnete Frauen und Männern, aus denen jeder Funke Lebendigkeit gewichen war. Die Not raffte damals mehr als 260.000 Menschen dahin.

Die beiden Regionen Lower Shabelle und Bakool leiden aktuell am stärksten unter dem

Foto: Reuters



Auf der Flucht vor dem Hunger: Somalische Familien verlassen ihre Dörfer und suchen Hilfe in behelfsmäßigen Notlagern.

Hunger. Sie werden von den Al-Shabaab-Milizen beherrscht und sind von der Außenwelt abgeschnitten. Al Shabaab leugnet beharrlich, dass in den von ihnen kontrollierten Gebieten eine Hungersnot herrscht, und verweigert Hilfsorganisationen den Zugang. Es ist bitter, dass die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft es ebenfalls vermieden haben, die Krise als Hungersnot zu bezeichnen und als solche einzustufen.

In Mogadischu nahm ich Kontakt zu einem Mann auf, den ich Herr Markaawi nennen möchte. Er arbeitet für eine Initiative, die am Rande der Stadt ein Camp für die vor Krieg und Hunger Geflohenen betreibt. Seit dem Zusammenbruch des Staates 1991 kann man in Somalia überall Opfer eines Angriffs werden, ganz gleich, ob man mit dem Auto übers Land fährt, in einem Café oder Restaurant sitzt, sich in einem Luxus-hotel aufhält, im Krankenhaus liegt oder in ei-

nem Flüchtlingslager lebt. Sobald man in Somalia seinen privaten Raum verlässt, ist man so wenig geschützt wie eine Tontaube beim Scheibenschießen. Während meines Besuches in Mogadischu rieten mir Freunde daher dringend ab, ein Lager außerhalb der Hauptstadt aufzusuchen. Also sorgte Herr Markaawi dafür, dass ich in seinem Büro unweit meines Hotels einige vertriebene Familien treffen konnte.

Während dieser Gespräche hörte ich den gleichen Refrain wieder und wieder: dass sich die Hungersnot seit Monaten ankündigte und verschärfte, bevor sie in der Öffentlichkeit zu einem Thema wurde; dass internationale Reaktionen lange auf sich warten ließen; dass Krankheit, akute Mangelernährung von Kindern und das Sterben zunahmen, nachdem sich die Not im Süden des Landes ausgebreitet hatte, insbesondere in jenen Gebieten, die von Al-Shabaab beherrscht werden.

Hinzu kommt die Dysfunktionalität des somalischen Staates, seine Unfähigkeit, die Wirtschaft zu stärken und an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren, ebenso wie der anhaltende Krieg und die Korruption der politischen Klasse. All das hat dazu geführt, dass die Somalis ihre Hoffnungen auf die internationale Gemeinschaft richten.

Allen war vollauf bewusst, dass die gegenwärtige Hungerkrise weit tödlicher ist als jene von 2011. „Damals haben wir rund ein Drittel unseres Viehbestandes verloren“, erzählte ein Mann. „Jetzt ist die Verwüstung heftiger. Wir haben unser gesamtes Vieh verloren. Es gibt keine Nahrung, kein Wasser und nicht einmal Saatgut.“ Die Menschen haben das getan, was ihnen noch blieb: Sie sind gegangen. Im Camp erhält jede Familie von Hilfsorganisationen 70 Dollar, um überleben zu können.

In Mogadischu traf ich auch Faduma Abdullahi, eine 36-jährige Mutter von acht Kindern. Sie stammt aus einem Dorf im Bezirk Kurtunwarey im Süden des Landes, rund 160 Kilometer entfernt. Dort besitzen ihr Mann und sie ein Stück Land und ein Haus. Die Hungersnot 2011 hatten sie überstanden, indem sie Lebensnotwendiges eintauschten. Diesmal aber gab es nichts mehr, was sie hätten einsetzen können. Zu bleiben hätte bedeutet, dass sie und ihre Kinder verhungert wären. Also haben sie ihre kleine Farm verlassen. „Wir haben uns das Geld für den Bus geliehen und sind ins Camp gekommen“, erzählt Frau Abdullahi. Von den 70 Dollar, die sie hier von einer NGO bekommen, bezahlen sie in ihrem Dorf einen Nachbarn, der auf ihr Haus aufpassen soll. Kein Vertreter der somalischen Regierung oder einer ausländischen Organisation sei jemals in ihr Dorf gekommen, um Unterstützung zu leisten. Da ich davon gehört hatte, dass muslimische Wohltätigkeitsorganisationen in dieser Gegend tätig sind, fragte ich Frau Abdullahi, ob sie von die-

ser Seite aus Hilfe erhalten haben. Ihre Antwort: „Wir haben keinen einzigen Araber zu Gesicht bekommen.“

Andere Geflohene – darunter ein Mann, den ich zu seiner eigenen Sicherheit hier Mohamed Mahmoud Mohamed nennen möchte – hatten eigentlich in ihren Dörfern bleiben und versuchen wollen, irgendwie zu überleben. Aber Drohungen von Al-Shabaab und die Angst, von den Milizen zwangsrekrutiert zu werden, brachten auch sie dazu, ihr Zuhause zu verlassen. Herr Mohamed, ein 43-jähriger Vater von drei Kindern, leitete in seinem Dorf eine Koranschule mit 60 Schülern. Nebenbei arbeitete er als Bauer und er hielt Kühe. Als eine nach der anderen verhungerte, gab es keine Milch mehr, die er verkaufen konnte. Und weil die Familien seiner Schüler die Gegend verließen, leerte sich auch sein Klassenraum nach und nach. Dürre, Mangel und Hunger zwangen ihn schließlich, sich selbst mit der Frage auseinanderzusetzen, ob er und seine Familie sich dem Exodus anschließen sollten. Er wollte bleiben, sagte Herr Mohamed. Doch dann seien Mitglieder von Al-Shabaab auf ihn aufmerksam geworden – ein Koranlehrer, der sehr gut für ihre eigenen Zwecke verwendbar wäre. So kam es, dass auch Herr Mohamed mit seiner Familie aufbrach. Ich erzählte ihm die Geschichte von dem Baby und der Ziege. Sie überrascht ihn nicht im Mindesten. „Schrecklicher Hunger verändert die Natur. Er verändert das Verhalten von Mensch und Tier.“

Dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen war im März dieses Jahres von höchsten Stellen mitgeteilt worden, dass 2,1 Milliarden Dollar nötig sind, um zwölf Millionen vom Hunger bedrohte Menschen in mehreren afrikanischen Staaten und im Jemen mit dem Überlebensnotwendigen zu versorgen. Doch die Mitgliedsstaaten und Geldgeber haben bislang lediglich sechs Prozent des Betrages aufgebracht.

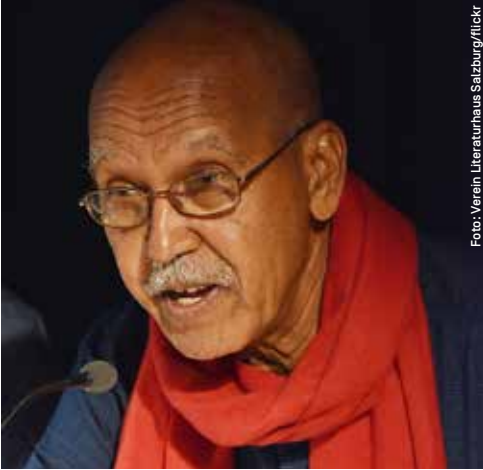


Foto: Verein Literaturhaus Salzburg/flickr

NOTHILFE AUSGEWEITET

Es geht um basale Dinge: um Mais und Bohnen, um Treibstoff und Ersatzteile für Brunnen, um Saatgut für die Felder und Impfungen für das Vieh. Angesichts der Hungerkrise in Ostafrika unterstützt medico in einem vom Auswärtigen Amt geförderten Projekt über seinen langjährigen Partner Nomadic Assistance for Peace and Development (NAPAD) Nothilfemaßnahmen im somalisch-kenianischen Grenzgebiet. Im Zuge des nun deutlich ausgeweiteten Projektes werden unter anderem lebensrettende Nahrungsmittelhilfen an 1.400 Haushalte in sehr armen Gemeinden verteilt. Das ist umso wichtiger, weil diese abgelegene Region nicht zuletzt aufgrund der Bedrohung durch Al-Shabaab-Milizen weitgehend von Hilfen abgeschnitten ist.

NAPAD ist eine der ganz wenigen Organisationen, die hier tätig sind – nicht zuletzt deshalb, weil Mitarbeiter selbst aus den betroffenen Gemeinden stammen. Da NAPAD die Situationen vor Ort gut kennt und eng mit den Communities zusammenarbeitet, ist gewährleistet, dass die Hilfe diejenigen erreicht, die sie am dringendsten benötigen: alleinerziehende Frauen, besonders arme und gleichzeitig sehr große Familien, alte Menschen, Menschen mit Behinderung sowie Schwangere und stillende Mütter. Über die akute Nothilfe hinaus werden Gemeindemitglieder im Wasser-Management trainiert und Jugendliche in der Instandhaltung von Solarpumpen geschult oder für die Wiederherstellung von Wasserstellen zur Tränkung von Vieh beschäftigt. Denn über die akute Nothilfe hinaus geht es um das Recht auf Ernährungssicherheit.

**Spendenstichwort:
Hilfe für Ostafrika**

Nuruddin Farah stammt aus Somalia und lebt zurzeit in Kapstadt. Er gilt als einer der bedeutendsten afrikanischen Schriftsteller der Gegenwart und ist immer wieder als Kandidat für den Literaturnobelpreis im Gespräch. Wiederholt hat er mit medico zusammengearbeitet.

Herrn Markaawi regt die Lücke zwischen dem Versprochenen und dem tatsächlich Bereitgestellten auf. Er erzählte mir eine Volkssage, in der eine an Hunger leidende Frau das Muhen einer Kuh hört, das aus dem Himmel zu ihr dringt. Sie betet zu Allah, die Kuh möge auf die Erde kommen, damit sie ihre hungernden Kinder füttern kann. Doch als die Kuh der Frau tatsächlich erscheint, entpuppt sie sich als Hyäne. Ich bat ihn, die Sage zu deuten. Er antwortete: „Ich würde sagen, dass jede Unterstützung, die sich darauf beschränkt, kurzfristige humanitäre Nothilfe zu leisten, scheitern wird, die Aufgabe zu bewältigen.“

Der Essay ist Mitte August 2017 in der New York Times erschienen.

Übersetzung: Christian Sälzer

Auf gepackten Koffern

Der kurdischen HDP-Abgeordneten Leyla Birlik droht erneut Gefängnis. Solange kümmert sie sich um die Vertriebenen aus Sirnak

Wir treffen uns in Diyarbakir. Das sei sicherer als sich direkt in Sirnak aufzuhalten, sagt Leyla Birlik. „Ich werde dort immer noch verfolgt und vom türkischen Geheimdienst beobachtet.“ Seit knapp zwei Jahren ist die 41-Jährige, die nicht weit entfernt von Sirnak geboren wurde, Abgeordnete der HDP im türkischen Parlament. Bei beiden Wahlen 2015 hatte die prokurdische Partei es geschafft, die Zehnprozenthürde zu überspringen. In Sirnak, dem Wahlkreis von Birlik, erzielte sie eines der besten Wahlergebnisse landesweit. Erstmals überhaupt war eine mehrheitlich kurdische Partei ins Parlament eingezogen. Damals war die Hoffnung groß. Die Zeichen standen auf Veränderung, vielleicht sogar auf Frieden und Aussöhnung. Doch seitdem hat sich vieles verändert.

Wenn in den hiesigen Medien über den vom AKP-Regime entfesselten Ausnahmezustand in der Türkei berichtet wird, stehen die Massenverhaftungen, die Gleichschaltung der Presse und die Verfolgung von Oppositionellen im Fokus. Nur selten wird jedoch darüber berichtet, wie die Welle der Repression die hauptsächlich kurdische Bevölkerung in der Südosttürkei erfasst hat. Die Selbstverwaltung wurde und wird mit allen – auch militärischen – Mitteln bekämpft. Bombardements von Städten und die gezielte Zerstörung ganzer Viertel haben 500.000 Menschen obdachlos gemacht und viele vertrieben. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind verboten, demokratischer Protest wird unterdrückt. Leyla Birlik hat all das miterlebt. Viele ihrer Wäh-

ler, Nachbarn und Freunde haben die Stadt verlassen müssen. Etwa 7.000 Familien, das sind fast drei Viertel der Einwohner, sind gegangen. Während der militärischen Auseinandersetzungen war Birlik in Sirnak permanent im Einsatz. Im Krankenhaus hat sie sich darum gekümmert, dass Verletzte behandelt und die Toten dokumentiert wurden. „Es waren die schwersten Tage meines Lebens“, erzählt sie. „Noch heute habe ich die Bilder im Kopf.“ Es sind Bilder wie das ihres ermordeten Schwagers, dessen Leichnam an einer Kette am Polizeiwagen befestigt durch die Straßen geschleift wurde. Birlik spricht mit fester Stimme, doch fällt es ihr merklich schwer, die Erinnerungen aufzurufen. Das gilt auch für die Nacht vom 5. November 2016. Unter dem Vorwand, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, wurde sie festgenommen. Und nicht nur sie. Prominente HDP-Politiker, darunter die Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, sitzen seither im Gefängnis. Birlik kam zwar nach zwei Monaten wieder frei, die Anklage läuft jedoch weiter. Ihre Tasche für das Gefängnis sei immer gepackt, sagt sie.

Eine andere Stadt

Dessen ungeachtet engagiert sich Birlik weiter. So setzt sie sich für die Vertriebenen ein, aber auch für jene, die in Sirnak geblieben sind. Besonders aktiv ist sie in der Gemeinschaft der Frauen. Viele müssen mit dem Erlebten alleine



Foto: Privat

Leyla Birlik ist fest verwurzelt in den Dörfern um Sirnak.

zurechtkommen und gleichzeitig ihre Familie versorgen. Wann immer möglich, organisiert Birlik daher Treffen, auf denen sich die Frauen austauschen und gemeinsam versuchen, traumatische Erlebnisse zu verarbeiten. Nicht einmal dabei bleiben sie unbehelligt, immer wieder werden Teilnehmerinnen von der Geheimpolizei aufgesucht. Trotzdem machen sie weiter – so lange es noch geht.

Mit einer Stimme, in der sich Traurigkeit und bitterer Zorn mischen, erzählt Birlik von den Veränderungen in Sirnak. „Es wird bald eine andere Stadt sei.“ Früher hätte es in den vorwiegend kurdischen Vierteln einen starken nachbarschaftlichen Zusammenhalt und eine von allen getragene soziale Infrastruktur gegeben. Gezielt habe der türkische Staat diese Gegenden verwüstet und entvölkert – zunächst durch Bomben, danach durch Abrissbirnen, Bagger und Planiermaschinen, die ganze Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht haben. Inzwischen hat der Wiederaufbau begonnen – der jedoch ein Aufbau eines neuen, anderen Sirnaks ist. Die Hauptstraße ist gesäumt von Werbetafeln, auf denen die staatliche Wohnungsbaubehörde Toplu Konut İdaresi Başkanlığı (TOKİ) verkündet:

„Sirnak verändert sich: im Zentrum 6.000 Wohnungen und 1.000 Geschäftsräume.“ In Hochglanz sind mehrstöckige Wohntürme in sterilen Neubauvierteln abgebildet. Gebaut wird von AKP-nahen Baufirmen. Birlik sagt deutlich, dass hier ein Bevölkerungsaustausch vorangetrieben wird. „Die neuen Wohnhäuser sind für die bisherige Bewohnerschaft unerschwinglich. Und niemand wurde für die Zerstörung seines Eigentums entschädigt.“ Das künftige Sirnak soll und wird keine kurdisch geprägte Stadt mehr sein.

Auch wenn die Spielräume enger werden: Leyla Birlik setzt sich weiter für die Rechte der Kurdinnen und Kurden ein, für verfolgte Aktivistinnen, Parteigenossen und Journalistinnen – im Parlament und in den geschundenen Gemeinden. Im Mittelpunkt steht der Kampf, solidarisch Perspektiven zu schaffen. So haben ehemalige Bewohner Sirnaks lokale Komitees gegründet, um sich besser zu koordinieren. Für etwa tausend der vertriebenen Familien sollen Häuser errichtet werden. Da die Rückkehr in die Stadt verbaut ist, geht es oft um Grundstücke in den Dörfern im Umland – jene Dörfer, aus denen sie der türkische Staat Anfang der 1990er Jahre vertrieben hatte. Fast niemand möchte die Region ganz verlassen. Kurdische Realität in diesem Ausnahmezustand kann eben auch bedeuten, dazubleiben und nicht aufzugeben.

Anita Starosta

medico-Partner vor Ort unterstützen den Aufbau der Häuser für die Vertriebenen. Fast hundert Häuser sind bereits in Eigenleistung gebaut worden und Baumaterialien für 20 weitere Häuser konnten durch Mittel von medico finanziert werden. Es fehlt jedoch Geld, um für alle Bedürftigen neue Perspektiven zu schaffen. Daher bittet medico weiterhin um solidarische Unterstützung.

Spendenstichwort: Türkei/Kurdistan

Zurück auf Schwerpunkt Lateinamer

Millionen aus der extremen Armut geholt, die Rehabilitation des Sozialstaats, vorwärtsweisende Verfassungen – all das können die linken lateinamerikanischen Regierungen als Erfolg verbuchen. Und doch haben sie an den globalen Abhängigkeiten Lateinamerikas nichts geändert. Im Gegenteil, der Sozialstaat hing an den Rohstoffeinnahmen, Rechtsstaatlichkeit war vielerorts erst im Aufbau. Nun sind die Erfolge bedroht.

Die Hochspannungsleitungen in Brasília, der Hauptstadt Brasiliens, zeugen noch vom Wirtschaftswachstum, aber der Aufschwung ist vorbei.

Los

ika



Barocke Moderne

Auch in Ecuador steht ein linkes Staatsprojekt vor dem Scheitern. Das liegt nicht nur am niedrigen Ölpreis

Von Katja Maurer

Wenige Maler aus „unserem Amerika“ seien so mächtig wie dieser Ecuadorianer, der nirgendwo sonst sein könnte. Die Worte des chilenischen Dichters Pablo Neruda über seinen 1996 verstorbenen Freund Osvaldo Guayasamín finden sich auf einem vergilbten Blatt Papier, das im Wohnhaus des großen ecuadorianischen Malers ausgestellt ist. Das Haus mit angefügtem Museum in Quito, in dem die übergroßen Bilder wie in einer Kathedrale gehängt sind, liegt im Stadtteil Bellavista, auf Deutsch Schöne Aussicht, mit Blick auf die Anden. Guayasamín sei ein „Gastgeber vieler Wurzeln“, schreibt Neruda und spielt nicht nur auf dessen indigene Herkunft an. Denn das historische Leid der Indigenen, das aus seinen Bildern herauschreit, ist zugleich das Leid aller Unterdrückten. Wer durch das Guayasamín-Museum geht, wird in vielen Bildern mit einer Idee konfrontiert, die Lateinamerikas Linke viele Jahrzehnte prägte. Gut und Böse, Täter und Opfer – all das war leicht auszumachen und prägte das kollektive Gedächtnis der Linken. Guayasamín zeigt das in seinem Chile-Zyklus. Da ist der im Nationalstadion ermordete Volkssänger Victor Jara im Triptychon als Christus am Kreuz; oder das Porträt eines Gefolterten, der sich die Hände vors Gesicht schlägt in einer sich selbst verletzenden Art des Nicht-Wahrhaben-Wollens, was sich vor dem einen doch geöffneten blutunterlaufenen Auge abspielt: das gewaltsame Ende einer linksdemokratischen Hoffnung.

Gerade bei diesen Bildern schießt einem durch den Kopf, wie sehr die Generation der lateinamerikanischen linken und linksliberalen Regierungen von eben dieser Erfahrung aus den 1970er und 1980er Jahren geprägt ist. Viele von ihnen waren selbst Verfolgte, saßen im Gefängnis oder haben Folter am eigenen Leib erlebt. Die Lulas, Mujicas, Bachelets, Rousseffs, Correas, Chavezes wollten es besser machen und nicht in das offene Messer ihrer Gegner laufen. Sie schlugen einen vorsichtigen sozialdemokratischen Kurs ein, der nicht an der strukturellen Ungleichheit rührte. Nach der Dekade linker Regierung in Lateinamerika aber hat sich genau das als nicht nachhaltig erwiesen. Ecuador, das Land Guayasamíns, ist dafür ein beredtes Beispiel.

Autobahnen sind Fortschritt

„Tenemos carretera, tenemos patria“ (Wir haben Autobahnen, wir haben ein Vaterland) – dieser Slogan prangt über das ganze Land verteilt auf großen Werbetafeln. Die „Bürgerrevolution“, die unter der zehnjährigen Präsidentschaft von Raffael Correa bis 2016 das Motto war, sollte das Land in eine nachhaltige Moderne führen – und hat immerhin das vollbracht: Das ganze Land wird durchzogen von mehrspurigen Autobahnen, manche sogar mit Fahrradspur. Der ecuadorianisch-mexikanische

Philosoph Bolívar Echeverría sagte, dass diese Vorstellung von Modernität in Südamerika eine barocke Form trage: Die spektakulären Erscheinungen würden der materiellen Wirklichkeit vorgezogen.

Manuel Bayón, ein spanischer Humangeograf gehört zu den vielen ausländischen Wissenschaftlern, die von dem ecuadorianischen Experiment angezogen worden waren. Eine linke Regierung – samt Verfassung, die Plurinationalismus, die Gleichberechtigung unterschiedlicher Eigentumsformen, und Buen Vivir indigenen Ursprungs sowie Naturrechte predigt – plante tatsächlich strukturelle Transformationen, um sich aus den globalen Abhängigkeitsverhältnissen zu befreien. Um den renommierten US-amerikanisch-britischen Sozialtheoretiker und Humangeografen David Harvey herum siedelten sich zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an einer staatlichen Universität an, die Verwaltungsfachleute ausbildet. Für alle wurde es ein kurzer Aufenthalt.

Modernes Amazonien

Der enthusiastische Schnellredner Bayón beschäftigte sich im Rahmen dieser internationalen Gruppe mit dem Projekt der Modernisierung des ecuadorianischen Teils Amazoniens. Hier sollte eine neue „Form der Akkumulation“ entstehen, „eine diversifizierte und nachhaltige Ökonomie mit angepassten Technologien“. Drei Pfeiler hat dieses Megaprojekt: Der Bau einer interozeanischen Trasse zwischen Manta (Ecuador) und Manaus (Brasilien), die Errichtung von sogenannten Millenniumsstädten und die Einrichtung einer amazonischen Regionaluniversität. „Die Correa-Regierung war die erste in der ecuadorianischen Geschichte, die versuchte, Amazonien auf umfassende und totale Weise dem nationalen Raum einzuver-

leiben“, meint Bayón. Sie tat es zu Beginn mit der Unterstützung der vorwiegend indigenen Bevölkerung, die sich den Anschluss an die Moderne erhoffte.

Tatsächlich wurde mit dem Machtantritt der neuen Regierung 2006 die Erdölindustrie erheblich höher besteuert. In Zeiten hoher Erdölpreise bescherte das dem Staat ungeahnte Mehreinnahmen und kühne Pläne, wie eine rasche Modernisierung des Landes gelingen könnte. So kamen die Autobahnen. So kam es zu einer gesetzlichen Krankenversicherung nach deutschem Vorbild, in die Arbeitgeber die Hälfte einzahlen müssen. So kam es zu großen Wohnungsprogrammen für Arme, zu den Megaprojekten in Amazonien und vielem mehr. Ein sozialstaatliches Füllhorn wurde über Ecuador ausgeschüttet, so viel Geld gab es.

Als die Studiengruppe von Manuel Bayón 2014 ihre Arbeit aufnahm, war der Ölpreis allerdings wieder im Keller. Und als die Gruppe ein dreiviertel Jahr später ihre ersten Ergebnisse präsentierte, stellte sie fest, dass alle drei Komponenten der Amazonas-Modernisierung gescheitert sind. Daraufhin wurde die staatliche Unterstützung für das Forschungsprojekt eingestellt. Auch die anderen Wissenschaftler wurden entlassen. Bayón kam bei der von der Regierung zwischenzeitlich verbotenen Umweltorganisation Acción Ecológica unter und präsentierte im Sommer 2017 die fertige Studie. Sie beschreibt die emblematischen Projekte der ecuadorianischen Bürgerrevolution als „Weiße Elefanten“. Danach wird die Trasse Manta-Manaus nicht entstehen. Die Gründe dafür sind übrigens die ebenso unrealistischen Pläne in Nicaragua zum Bau einer schiffbaren Trasse und die Straßenbaupläne in Costa Rica zur interozeanischen Verbindung. Neben kaum passierbaren Straßen, so Bayón, sei vor allen Dingen der Binnenhafen am Río Napo in Providencia gebaut worden. Wozu? Um sehr schnell

den umstrittenen Block 43 zur Förderung einer der größten Rohölreserven des Landes im Yasuní-Nationalpark in Gang setzen zu können. Die Milleniumsstädte wiederum glichen reinen Fassaden der Moderne: „Straßen, auf denen keine Autos fahren, Schulen ohne Lehrer, Kliniken ohne Ärzte und Bewohnerinnen und Bewohner ohne Arbeit.“ Bayón erzählt, dass die Bewohner von Pañacocha und Playas del Cuyabeno bereitwillig aus ihren Dörfern in diese Städte gezogen seien. Nur hätten sich die Versprechen schnell als Entwicklungsfarce herausgestellt. Manche kehrten wieder in ihre ehemaligen Gegenden zurück, um wenigstens Landwirtschaft betreiben zu können. Aber die Dörfer und das dort angelegte Generationenwissen waren durch das Urbanisierungsprojekt unwiederbringlich zerstört. Mit der Umsiedlung kam eine indigene Bewegung an ihr Ende, die das in ihren amazonischen Dörfern vorhandene Erdöl selber fördern wollte. Bayón zweifelt, dass dieser Nebeneffekt Zufall ist.

Zu guter Letzt sei auch die Amazonien-Universität Ikiam nicht zu dem geworden, was angekündigt worden war. Als Materialisierung des „Biosozialismus“, den einer der wichtigsten Vordenker der Bürgerrevolution, René Ramírez Gallegos, vertritt, sollte sie eine sozialistische Wissensökonomie befördern, die sich auf der Biodiversität Amazoniens gründet und die Erdölförderung ersetzen kann. Auch dieses Projekt leidet unter den fehlenden Erdöleinnahmen. Es gibt keine Laboratorien und die wenigen Wissenschaftler, die dort arbeiten, seien damit beschäftigt, das Wissen um die Wirksamkeit der örtlichen Pflanzenwelt aus den indigenen Gemeinden abzuschöpfen und zu kommerzialisieren. Wobei die Patentmöglichkeiten für den ecuadorianischen Staat durch die Unterzeichnung des Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union, das noch unter Correa geschlossen wurde, extrem eingeschränkt sind. Manche nennen das Biopiraterie.

Die Studie kommt zu einem bitteren poetischen Schluss: „Das Megaprojekt steckt voller Träume und Wünsche, die dazu beitrugen, es überhaupt zu verwirklichen. Sie haben aber die komplexen Dynamiken einer ungleichen geografischen Entwicklung verdeckt. Gerade diese verdeckten Dynamiken aber haben zu seinem Scheitern geführt.“ Die Bürgerrevolution war angetreten den Neoliberalismus zu überwinden. Sie war im Grunde ein sozialdemokratisches Projekt, in dem der Staat eine Schlüsselrolle zur Umverteilung spielte. Solange es etwas zu verteilen gab, funktionierte es. Mit den niedrigen Rohstoffpreisen brach jedoch das ganze Modell in sich zusammen. Aus der Sicht von Manuel Bayón trifft das auf alle linken und linksliberalen Regierungen Lateinamerikas zu. Und soziale Wohltaten sind flüchtig.

Linke ohne demokratische Idee

Was also ist falsch gelaufen? Das lässt sich an dieser Stelle nur anekdotisch beantworten. José Ignacio López Vigil, ein ehemaliger Jesuitenpriester und Journalist, geboren in Mexiko, der seit Jahrzehnten in Ecuador lebt und voller Geschichten über koloniale und postkoloniale Ausgrenzung der Indigenen und der Linken in Lateinamerika ist, hat eine Antwort. Die Linke in Lateinamerika sei nie demokratisch gewesen. Auch die Correa-Regierung habe die Modernisierung von oben mit einem starken Staat erzwungen und gezielt die indigene Bewegung gespalten. Diese war in den 1990er Jahren so einflussreich, dass sie ganze Regierungen stürzen konnte. Aus der Correa-Dekade ist sie erheblich geschwächt hervorgegangen.

Mit José Ignacio geht es nach Saraguro, eine Kleinstadt in den südlichen Anden. Dort leben zum größten Teil Indigene, die von den spanischen Kolonialherren mit einer besonderen Tracht ausgestattet wurden: Breite Hüte, deren



Foto: Xavier Granja Cedeño, iflickr, CC-BY-SA 2.0

Osvaldo Guayasamín drückt in seinen düsteren Bildern das Leid der Unterdrückten aus.

untere Krempe mit einem Kuhmuster bedruckt ist. Für die Männer Dreiviertelhosen, für die Frauen lange Röcke mit breiten Falten. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben sich diese Form der kolonialen Markierung trotzig zu eigen gemacht und tragen sie noch heute. Bei den letzten Wahlen stimmte diese Stadt mehrheitlich gegen den Nachfolger von Correa, Lenín Moreno – wie viele andere indigene Gemeinden auch. Denn während der Amtszeit Correas wurden in den Modernisierungskonflikten viele ihrer Führer verhaftet und mit dem Vorwurf des Terrorismus zum Teil zu hohen Haftstrafen verurteilt. Manche sitzen noch immer im Gefängnis. In Saraguro dürfen 26 Personen den Ort nicht verlassen, sie warten seit zwei Jahren auf ein Verfahren. Festgenommen wurden sie bei Straßenprotesten eher willkürlich, einige davon Minderjährige, andere ehemalige Bewohner der Stadt, die nur kurz auf Besuch aus Spanien vor Ort waren. Seither erleben sie anhaltende Willkür.

Das meint José Ignacio wohl mit der fehlenden Demokratie der Linken. Wer sich dem vermeint-

lichen Fortschritt in den Weg stellt, muss mit harten Strafen rechnen. Dass das besonders brutal indigene Gruppen trifft, kann angesichts des nach wie vor verbreiteten kolonialen Bewusstseins unter der ecuadorianischen Elite nicht verwundern. Und vielleicht hat es auch mit dem Bild zu tun, das der eingangs erwähnte Guayasamín vom Indio als Opfer immer wieder beschwor: Ein Opfer, das im traditionellen linken Denken von anderen, im Zweifel dem Staat, gerettet werden muss. Die Opfer selbst sind in diesem Szenario nicht mehr als ein Objekt.

Unter www.medico.de/lateinamerika finden Sie ein Dossier über Lateinamerika. Darunter auch ein Interview mit dem Gesundheitsexperten Juan Cuvi zur Gesundheitspolitik in Ecuador und eine ausführliche Beschäftigung mit der Situation in Brasilien nach dem Sturz von Dilma Rousseff. medico unterstützt in Lateinamerika zahlreiche Projekte, darunter viele zu den Themen Extraktivismus, Umweltschutz, Demokratie und Menschenrechte. Siehe die Überblickskarte auf Seite 41.

Zerreißprobe

Guatemala. Der Putschversuch gegen die Justiz ist vorerst gescheitert. Ein Protokoll

Aufgabe der von den Vereinten Nationen mandatierten „Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit“ (CICIG) in Guatemala ist es, die im Staat verankerten illegalen und korrupten Strukturen zu zerschlagen. Weltweit wird diese Arbeit als vorbildlich gefeiert, vor Ort wird sie von den alten Eliten immer offener bekämpft. Die Auseinandersetzung hat jetzt ihren vorläufigen Höhepunkt erlebt.

22. August 2017. Ich sitze mit Freunden zusammen. Seit Tagen sind Ermittlungen der CICIG gegen Präsident Morales wegen der illegalen Finanzierung seiner Partei FCN im Gespräch. Als uns die folgende Nachricht erreicht, wird das Bier warm: Der Direktor der Tageszeitung „El Peridico“ schreibt, dass Morales sich mit Unternehmern getroffen habe, um sie davon zu überzeugen, Ivan Velsquez, Chef der CICIG, zur „Persona non grata“ zu erklären und auszuweisen. Die Strategie ist nicht neu. Neu ist, dass der Präsident die Sache selbst in die Hand nimmt und hochriskant spielt.

23. August. Generalstaatsanwlthin Thelma Aldana erklärt via Twitter und im Radio, dass sie zurücktreten würde, sollte der Präsident die Ausweisung von Velsquez durchsetzen. Das befördert zwar den Skandal, passt aber ins Konzept. Denn: bersteht Morales die Geschichte, ist er sowohl Aldana als auch Velsquez los. Parallel werden Pressemeldungen zu den erwarteten Ermittlungen gegen Morales wegen der illegalen Parteienfinanzierung veröffentlicht. Nachmittags berichtet „La Hora“ von Zahlungen

von Drogenkartellen gegen Schutzzusagen der FCN-Regierung.

24. August. Präsident Morales reist nach New York zu einer Sitzung bei den Vereinten Nationen. Bei einer Pressekonferenz von Justizministerium und CICIG werden beiläufig Ermittlungen gegen die FCN bekanntgegeben. Ein Warnschuss. Abends demonstrieren spontan rund 600 Menschen vor dem Präsidentenpalast.

25. August. Die UN haben sich deutlich hinter Velsquez und die CICIG gestellt. Bei seinem Treffen mit dem Generalsekretär der UN fordert Morales nicht mehr die Absetzung von Velsquez. Die Gerüchteküche kocht. In Guatemala-Stadt findet erneut eine Pressekonferenz von CICIG und Justizministerium statt – diesmal direkt zur illegalen Finanzierung der FCN und dem Antrag auf Aufhebung der Immunität des Präsidenten. Wichtige nationale Instanzen stellen sich hinter Velsquez.

27. August. Zurück in Guatemala erklärt Morales via Twitter-Video Velsquez zur „Persona non grata“ und fordert ihn auf, Guatemala umgehend zu verlassen. Landesweit demonstrieren Menschen dagegen. Am Mittag hebt das Verfassungsgericht mit drei gegen zwei Stimmen die präsidiale Entscheidung einstweilen auf. Bereits zuvor ist der Außenminister entlassen worden, der gegen die „non grata“-Erklärung opponiert hat. Ersetzt wird er durch die Schwägerin des Fraktionschefs der FCN. Morales' Reservoir an Leuten scheint erschöpft. Auch die Gesund-

heitsministerin und andere hohe Beamte treten zurück. Morales behält aber die Mehrheit im Kabinett. Die Proteste gehen weiter: vor dem Verfassungsgericht zum Schutz der drei Richter, auf dem Zentralplatz und vor der CICIG.

29. August. Morales besucht eine Veranstaltung der Vereinigung der Bürgermeister, diese stellen sich hinter ihn. Sie haben selbst über 200 Korruptionsprozesse am Hals. Álvaro Arzú, Bürgermeister der Hauptstadt und ehemaliger Präsident, sagt: „Ich habe den Frieden unterschrieben, aber ich kann auch Krieg.“ Nachmittags bestätigt das Verfassungsgericht die einstweilige Verfügung. Der Plan des Präsidenten ist gescheitert.

30. August bis 3. September. Die Lage bleibt konfus. Die Eliten antworten über ihre politischen Akteure, Fernsehkanäle und Call-Centers, die Kampagnen zur Desinformation lancieren. „Kampf gegen die Korruption Ja, CICIG Ja, Velásquez Nein“ ist eine der Losungen. Sie wollen das Mandat der CICIG verändern: Statt eine „selektive Verfolgung der Korruption“ zu betreiben, solle sie gegen Jugendbanden und Drogenhandel ermitteln.

4. September. Das oberste Gericht leitet das Immunitätsverfahren gegen Morales an den Kongress weiter, der sofort eine Kommission einsetzt. Empfiehlt dieser die Aufhebung, entscheidet der Kongress. Es wird bekannt, dass Morales ein Schreiben an den Generalsekretär der UN verfasst hat, in dem er nicht mehr auf der Ausweisung von Velásquez besteht, sondern über eine Veränderung des Mandats der CICIG verhandeln will.

10. und 11. September. Die Kommission empfiehlt tatsächlich die Aufhebung der Immunität von Morales. Doch die Mitglieder sind alte Füchse: Sie wissen um die Mehrheitsverhältnisse im Kongress. Und in der Tat: Nur 24 Mitglieder stim-

men dafür, 104 dagegen. Es ist auch ein klares Votum gegen die CICIG und gegen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Der Clou dabei: In einer zweiten Abstimmung entscheiden die Abgeordneten, den Antrag zu „bewahren“, das heißt, sie können ihn jeder Zeit wiederbeleben – ein Lehrstück in korrupter Politik: Der Präsident ist nun vollständig erpressbar und wird den Rückhalt im Kongress teuer bezahlen müssen. Die Gesellschaft auch.

Epilog. Es ist schwierig vorauszusagen, was noch kommen wird. Der Schulterchluss gegen CICIG und Staatsanwaltschaft umfasst alle ökonomischen und politischen „Eliten“. Das alte Modell ist trotz aller Fortschritte – 200 Korruptionshäftlinge sind in Haft – noch nicht geschlagen. In den letzten zwei Jahren war es die Justiz, die immer wieder versucht hat, die Politik mittels Ermittlungen zu Reformen, vor allem des Wahlgesetzes und des Parteiensystems, zu zwingen. Dieses Modell ist neutralisiert und die Justiz kann die Politik nicht dauerhaft ersetzen. Es muss ein neuer Konsens für Reformen gesucht werden, der möglicherweise Wege denken muss, die noch nicht gedacht wurden.

Michael Mörth

Mörth arbeitet als Menschenrechtsanwalt beim medico-Partner Bufete de Derechos Humanos und ist Berater der Internationalen Juristenkommission in Guatemala. Dieses Protokoll umfasst Auszüge seiner Kolumnen bei Guatemala-netz Bern.

Seit vielen Jahren setzen sich medico-Partner in Guatemala für die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges ein. Zu den außerordentlichen Erfolgen, die dabei errungen wurden, hat auch die CICIG beigetragen.

Spendenstichwort: Guatemala

Ein Ende ohne Neuanfang

Jorge Rath von der Kooperative Cecosesola über die politische Situation in Venezuela



Foto: Remix The Commons, Youtube

Jorge Rath lebt seit 40 Jahren in Venezuela, bei Cecosesola ist er seit 1999 und dort vor allem im Gesundheitszentrum tätig.

medico: Wie schätzt du die politische Situation in Venezuela ein?

Jorge Rath: Das Vorhaben der letzten 17 Jahre, also der sogenannte bolivarianische Revolutionsprozess, ist gescheitert. Dieses Projekt gibt es nicht mehr. Es geht der Regierung ums Überleben als Regierung und der Opposition geht es darum, die politische Macht im Lande zu erlangen – wobei sie in der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich ist. Die Gewalt, die in den Medien stark hervorgehoben wird, ist zwar auf beiden Seiten vorhanden. Was ich insbesondere in den deutschen Medien verfolgt ist aber sehr einseitig. Da hört es sich so an, als würden brave Menschen auf die Straße gehen und dann von Polizei und Nationalgarde brutal niedergemacht. Was auch eher untergeht, ist,

dass Venezuela die größten bekannten Erdölreserven hat. Trotz der gefallen Preise gibt es insofern auch ein internationales Interesse, aus China, den USA und von anderen, die wohl ein Auge darauf geworfen haben. Es geht also bei den Gedankenspielen um eine Intervention in Venezuela nicht nur um humanitäre Hilfe, wie es letztens in der New York Times dargestellt und gefordert wurde, sondern um handfeste Wirtschaftsinteressen. Weder Regierung noch Opposition haben ein Konzept für die venezolanische Wirtschaft, das nicht auf dem weiteren Ausverkauf der Bodenschätze auf insgesamt 112.000 km² südlich des Orinoco-Flusses vor allem an transnationale Unternehmen beruhen würde.

Hältst du denn eine Intervention für wahrscheinlich?

Das hängt letztlich davon ab, wie sich das Militär positionieren wird. Stützt die militärische Führung die Regierung weiter? Dafür spricht vor allem, dass viele hohe Militärs in verschiedenen staatlichen Institutionen untergekommen sind oder direkt als Minister fungieren. Die Wirtschaft Venezuelas ist im Grunde vom Militär kontrolliert. Wenn das Militär Präsident Maduro aber doch fallen lassen sollte, könnte die Situation durchaus so instabil werden, dass eine Intervention von außen denkbar ist.

Wie viel Legitimation hat die Regierung Maduro noch?

Ihre Legitimation sinkt mit dem Versorgungs-

standard der Bevölkerung. Um die Legitimation der Regierung wieder herzustellen hat Maduro eine neue verfassunggebende Versammlung einberufen, ein taktisches politisches Manöver, um der Forderung nach Neuwahlen etwas entgegenzusetzen. Die verfassunggebende Versammlung erfüllt allerdings bei weitem nicht die demokratischen Maßstäbe, die bei der verfassunggebenden Versammlung 1999 unter Hugo Chavez galten. Damals gab es eine Volksbefragung, bei der sämtliche Kandidaten für die Versammlung frei gewählt werden konnten und nachher, als der Vorschlag komplett auf dem Tisch lag, fand noch eine Volks-

„Wir müssen aufpassen,
dass wir uns nicht
überrollen lassen.“

abstimmung über die Annahme der neuen Verfassung statt. Dieses Mal wurde per Präsidenten-Dekret einberufen und gleich ein Teil der Kandidaten für die Versammlung gesetzt. Beteiligt haben sich an der Abstimmung übrigens etwa acht Millionen Menschen, was auf der anderen Seite eine Enthaltung von ca. 52 Prozent bedeutet. Nachdenklich macht das Projekt einer neuen Verfassung natürlich auch deswegen, weil es die ganzen Jahre immer und immer wieder hieß, wir hätten die beste Verfassung der Welt.

War der Chavismo für Cecosesola und den Kooperativgedanken förderlich?

Wir haben nicht unbedingt Aufwind erfahren durch die chavistische Bewegung oder Regierung. Ich denke, es war weder förderlich noch hinderlich. Cecosesola ist ja ein ganzes Netzwerk von Kooperativen mit allein fünf großen Wochenmärkten, auf denen wöchentlich ca. 70.000 Familien einkaufen. Produziert wird dafür in landwirtschaftlichen Produktionskooper-

ativen oder familiären Betrieben, die von Pasta über Reinigungsmittel bis zu Honig alles Mögliche herstellen. Und ein weiteres Standbein neben den Märkten ist unser Gesundheitsnetzwerk, in dem im vergangenen Jahr 220.000 Menschen versorgt wurden, über 1.700 chirurgische Eingriffe wurden vorgenommen. Außerdem haben wir ein Bestattungsinstitut und Spar- und Darlehenssystem. Das alles ist Teil des Gesamtprozesses Cecosesola, den wir so autonom und selbstverwaltet wie möglich voranbringen wollen.

Was heißt Prozess?

Wir wollen mit den Menschen in kommunitären Projekten für bessere Lebensbedingungen arbeiten, nicht nur über Dienstleistungen, sondern über einen individuellen und kollektiven Transformationsprozess hin zu mehr solidarischen und weniger hierarchischen Strukturen und Beziehungen. Das haben wir immer weitergeführt und machen das auch jetzt unter der Verknappung weiter.

Wie ist euer Verhältnis zum Staat?

Zuletzt sind eine ganze Reihe kommunaler Räte, die ja letztlich auch Regierungsiniciativen sind, auf uns zugekommen und haben gefragt, was sie zum Lebensmittelverkauf beitragen können. Das sah dann so aus, dass viele kommunale Räte mitgemacht haben bei der Organisation der kilometerlangen Menschenschlangen, die ja nicht nur vor unseren Toren, sondern vor allen Lebensmitteleinrichtungen standen und immer gewalttätiger abliefen. Drei Menschen sind in den Schlangen vor unseren Wochenmärkten getötet worden und die Nationalgardisten, die wir riefen als wir keinen anderen Ausweg sahen, sagten, sie hätten keine Mittel und keine Fahrzeuge. Wenn wir ihnen Lebensmittel gäben, würden sie vielleicht kommen. Im Grunde sind wir offen für alle Ansprachen, sei es die Regierung, die Stadtverwaltung, kommunale Räte oder die amerikanisch-vene-

zolanische Handelskammer, die uns einlädt, um über unseren Prozess zu berichten. Dann überlegen wir bei Cecosesola und treffen eine Entscheidung, ob es sinnvoll für uns ist, an diesem Gespräch oder jenem Forum teilzunehmen. Wir behalten uns das Recht vor, abzuwägen, ob wir eine bestimmte Kooperation wollen oder nicht. Vor allem wegen der vielen Familien, die zu unseren Wochenmärkten kommen, hat Cecosesola in Barquisimeto einiges an Gewicht, sodass wir also manchmal auch sagen können, das passt uns nicht. Auch im Gesundheitsbereich gibt es punktuelle Absprachen. Beispielsweise hat die Stadtverwaltung gerade angefragt, ob bei uns chirurgische Eingriffe stattfinden können, die im Vorhinein aus einem städtischen Fonds bezahlt werden. Im Vorhinein, weil es schlechte Erfahrungen damit gibt, wenn im Nachhinein bezahlt werden soll. Ein anderes Beispiel ist, dass wir mit praktisch allen Universitäten in Barquisimeto kooperieren.

Wie trifft ihr solche Entscheidungen?

Cecosesola ist vor vielen Jahren, nicht von Anfang an, aber vor vielen Jahren, dazu übergegangen, Zeit für Entscheidungen im Konsens zur Verfügung zu stellen. Bei uns heißt Konsens nicht unbedingt, dass alle 20.000 Mitglieder der Kooperativen in einem Fußballstadion zusammenkommen und sagen müssen, dass sie einverstanden sind. Es geht eher um einen Prozess, in dessen Verlauf die 1.300 Hauptamtlichen von Cecosesola sich zusammensetzen und in kleinen und großen Versammlungen Kriterien für unsere Entscheidungsfindung herausarbeiten. Da das ein Prozess ist, der jetzt schon 20, 25 Jahre läuft, gibt es eine lange und gute Gesprächserfahrung und damit die Möglichkeit, über diese vielen vernetzten Versammlungen relativ zügig zu Konsensentscheidungen zu kommen. Wenn aber gesagt wird, hier sind noch einige, die sind damit nicht einverstanden, weil Erstens, Zweitens, Drittens, dann

wird eine Entscheidung nochmal auf Eis gelegt und solange darüber geredet bis wir zu einer Lösung kommen.

Das klingt trotzdem nicht einfach.

Das durchzuhalten ist unsere Herausforderung. Durch die derzeitige Verknappung der Lebensmittel sind beispielsweise die Tage der Wochenmärkte immer länger geworden. Das geht morgens um 5 Uhr los und manchmal sind abends um 22 Uhr immer noch Menschen da, die Schlange stehen für ein Kilo Zucker. Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht überrollen lassen von der hohen Nachfrage nach unseren Dienstleistungen und dadurch unseren eigenen Transformationsprozess nicht mehr durchführen können.

Das Interview führten Karin Urschel und Moritz Krawinkel.

medico international unterstützt den Aufbau einer Blutbank im Gesundheitszentrum von Cecosesola. Bisher muss die Kooperative Blutkonserven bei kommerziellen Anbietern kaufen und die Kosten den Patientinnen und Patienten in Rechnung stellen. Eine eigene Blutbank erhöht die Unabhängigkeit des kooperativen Gesundheitsnetzwerks und verringert die Behandlungskosten.

Spendenstichwort: Gesundheit

Migration, Gesundheit, Extraktivismus, Straflosigkeit

Eine Auswahl von medico-Projekten in Lateinamerika

MEXIKO

- MIGRANTENHERBERGE LA72: Unterkunft und Versorgung von Migranten und Kampf für Menschenrechte
- MOVIMIENTO MIGRANTE MESOAMERICANO (M3): Stärkung der Rechte von Migranten und Suche nach Verschwundenen

EL SALVADOR

FORO NACIONAL DE SALUD (FNS): Verteidigung der Gesundheitsreform und Kampf um Teilhabe

NICARAGUA

STIFTUNG POPOL NA: Verteidigung des Territoriums, des Wassers und der Souveränität gegen den geplanten Bau eines transkontinentalen Kanals

GUATEMALA

- ASOCIACIÓN COORDINADORA COMUNITARIA DE SERVICIOS PARA LA SALUD (ACCSS): Verteidigung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltrechte im Landkreis Ixcán
- COMISIÓN INTERNACIONAL DE JURISTAS (CIJ) und BUFETE JURÍDICO DE DERECHOS HUMANOS: Kampf gegen Straffreiheit und Stärkung der Demokratisierung der Justiz
- SAGRADA TIERRA: Stärkung der lokalen Ernährungssicherheit und der Selbstorganisation in Petén

VENEZUELA

CECOSESOLA: Stärkung des Gesundheitssystems der Kooperativen

BRASILIEN

- JUSTIÇA NOS TRILHOS: Aktivitäten gegen das Bergbauunternehmen Vale im Bundesstaat Maranhão
- INSTITUTO POLÍTICAS ALTERNATIVAS PARA O CONO SUL (IPACS): Unterstützung der Anwohner des Atlantik-Stahlwerks bei Rio de Janeiro
- MOVIMENTO DOS SEM TERRA (MST): Kampf für eine Landreform und politische Veränderung
- OUTRAS PALAVRAS Nachrichten- und Debattenportal: Aufbau von Gegenöffentlichkeit und Suche nach politischen Alternativen
- CENTRO BRASILEIRO DE ESTUDOS DE SAÚDE (CEBES): Streit für das Recht auf universellen Zugang zu Gesundheit

CHILE:

COMITE DE LOS DERECHOS DE LOS PUEBLOS (CODEPU): Juristische Betreuung von Folteropfern, Gesetzesinitiativen wider die Straffreiheit

medico aktiv

Generalversammlung

In Berlin trifft sich der „Globale Dritte Stand“

Über Jahrhunderte bildeten die „États généraux“ eine Ständeversammlung, die der französischen Monarchie zur Aushandlung mehr oder weniger fauler Kompromisse und zur nachträglichen Legitimierung ihrer Politike diente. 1789 änderte sich alles: Die Vertreter des Dritten Standes, des Bürgertums, kündigten die Zusammenarbeit auf und gelobten im sogenannten Ballhaus-Schwur, „sich niemals zu trennen, bis der Staat eine Verfassung hat“. Damit begann die Französische Revolution – und die Revolution des Menschenrechts. Anfang November laden der Theatermacher Milo Rau und das International Institute for Political Murder Vertreterinnen und Vertreter der Unterrepräsentierten und Nichtgehörten von heute zur „Generalversammlung“ des Globalen Dritten Standes nach Berlin ein. Indem Kleinbauern, Arbeitsmigrantinnen, Textil- und Minenarbeiter, Klimaflüchtlinge, Kriegsoffer und viele andere mehr ein „erstes Weltparlament der Menschheitsgeschichte“ konstituieren,



Foto: Holger Priedemuth

werfen sie die globale Frage der politischen Repräsentation auf: Wer spricht? Worüber? In wessen Namen? Mit welchem Interesse? Auch diese Versammlung wird eine Verfassung verabschieden – oder zumindest einen Entwurf, eine „Charta des 21. Jahrhunderts“. Mit von der Partie sind medico und medico-Partner – allen voran Nasir Mansoor und Saeeda Khatoon aus Pakistan, die für die Überlebenden der großen Textilkatastrophen wie für den ganzen Globalen Dritten Stand die Geltung des Menschenrechts in den Verwertungsketten des globalen Kapitalismus fordern.

Ort und Zeit: 3. bis 5. November 2017, Schaubühne am Lehniner Platz Berlin, mit Live-Übertragungen in Theatern in Paris, Brüssel, Gent, Lausanne und München.

Umgezogen

In eigener Sache: Das medico-Haus ist fertig

In wenigen Tagen, genauer gesagt am 6. Oktober 2017 beginnt ein neues Kapitel: Erstmals in seiner 49-jährigen Geschichte bezieht medico ein eigenes Domizil. Die stiftung medico international hat mit einem größeren Teil ihres Vermögens ein Grundstück im Frankfurter Osten erworben, auf dem nun der siebenstöckige „medico-Würfel“ steht. Entstanden ist ein Gebäude, das die Unabhängigkeit der Arbeit von medico dauerhaft absichert, und das Platz sowohl für alle Kolleginnen und Kollegen wie auch für solidarische Initiativen bietet. Die „Frankfurter Wohnraumhilfe“ wird ebenso einziehen wie der „Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Asyl“, der sich um die psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen kümmert, Teile des Vereins „be-

rami“, der sich für die berufliche Integration von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte engagiert sowie ein Projekt, das Ärztinnen und Ärzten aus dem Ausland dabei hilft, die deutsche Approbation zu erlangen. So wird ein gemeinsames Arbeiten möglich, das die großen Themen der Zeit – Wohnen, Bildung, Gesundheit, Flucht und Migration – aus globaler Perspektive betrachtet. In dem neuen Haus werden nun auch die Planungen für den nächsten großen Schritt weitergehen: das 50-jährige medico-Jubiläum, das mit vielfältigen Veranstaltungen und Ausstellungen in Frankfurt und Berlin, aber auch in Projektregionen in Asien, Afrika und Lateinamerika begangen wird. Mehr dazu im nächsten medicorundschreiben.

Die neue Adresse von Verein und Stiftung lautet: Lindleystraße 15, 60314 Frankfurt am Main. Ansonsten ändert sich nichts.

Postfaktischer Wirbel

Israelische Besatzung: [K]eine Diskussionsveranstaltung in Köln

Im September 2017 wurde in Köln öffentlich über „50 Jahre Besatzung in Palästina – und kein Ende?“ gesprochen – so der Titel der Podiumsdiskussion. Wie mittlerweile im Fall von besatzungskritischen Veranstaltungen fast üblich, wurde von verschiedenen Seiten versucht, die Beschäftigung mit dem Thema im öffentlichen Raum zu verhindern. Das Vorgehen folgte gängigen Mustern: Veranstalter und Diskussionsgäste, darunter medico, wurden bei der Volkshochschule (VHS), die den Raum zur Verfügung stellte, diffamiert. Es wurde versucht, politische Entscheidungsträger unter Druck zu setzen. Vorwürfe von Einseitigkeit bis hin zu Antisemitismus wurden geäußert. Am Ende fand die Veranstaltung

statt. Verschoben auf Samstag- statt Freitagabend – es wurde behauptet, man hätte mit dem ursprünglichen Termin gläubige Juden ausgrenzen wollen. Gad Lior, Chefredakteur der Zeitung Yedioth Ahronoth, von Anfang als Teilnehmer geplant, hatte ausführlich die Gelegenheit, aus israelischer Sicht regierungsnahen Positionen darzustellen. Volker Becks Vorwurf, die VHS wolle „ein einseitiges palästinensisches Opfernarrativ promoten“, war völlig absurd. Die Debatte im Vorfeld machte es kritischen Positionen zur israelischen Politik nicht einfacher. Kritikerinnen und Kritiker, die sich im Vorfeld so deutlich positioniert hatten, kamen nicht. Sie hätten bei der Veranstaltung Gelegenheit gehabt, einmal für ihre Sicht zu argumentieren, statt nur zu denunzieren. Aber wer polarisieren will, will keinen Austausch mit Argumenten. Ein Kennzeichen des postfaktischen Zeitalters.



1



2



3



4



5



6



7



8

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.

Materialliste:**1 stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

3 medico-Jahresbericht 2016

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

4 Hilfe im Handgemenge

[Infolyer] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 Warum Menschen fliehen

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir dazu anregen, bei der Rede über Fluchtursachen und ihre Bekämpfung genau hinzuhören. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

6 Recht auf Profit?

[32 S.] Warum schädigt neoliberaler Freihandel die Gesundheit? Welche Erfahrung mit Freihandelsabkommen und ihren gesundheitlichen Auswirkungen gibt es bereits? Diese und viele andere Fragen beantwortet die Broschüre „Recht auf Profit?“, herausgegeben von medico international und dem Forum Umwelt und Entwicklung.

7 Umkämpfte Psyche

[Infolyer] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

8 Europa ist Exportweltmeister

12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ohne Abb.: Cool, aber tödlich

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Ohne Abb.: Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch.

Ich bestelle:

_____ Broschüre: stiftung medico international

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ medico-Jahresbericht 2016

_____ Infolyer: Hilfe im Handgemenge

_____ Broschüre: Warum Menschen fliehen

_____ Broschüre: Recht auf Profit?

_____ Infolyer: Umkämpfte Psyche

_____ Kurzbroschüre: Europa ist Exportweltmeister

_____ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich

_____ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen**
- dass einmalig eine**
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte senden an
medico international
Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02

Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Impressum

Herausgeber:

medico international

Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

Neue Adresse ab 09.10.2017:

Lindleystraße 15,

D-60314 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002

E-Mail: info@medico.de

Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international,
Spendenkonto BIC: HELADEF1822,
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Artl und Frank van Ooyen

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.

Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,

Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Raus aus der Filter- blase

Nachrichten, Meinungen und Analysen
aus dem globalen Handgemenge

Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.

Der **Newsletter** informiert Sie regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles aus dem medico-Kosmos.

In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir Ihren täglichen Blick über den Tellerrand. Verbinden Sie sich mit medico auf Facebook, Twitter, Youtube oder diaspora.



medico international

Alle Optionen unter www.medico.de/verbinden

Liebe Kolleginnen und Kollegen in Frankfurt,

entschuldigt bitte die späte Antwort, ich bin gerade erst aus den Rohingya-Lagern nach Cox's Bazar zurückgekehrt. Das Leid ist unbeschreiblich.

Wir schätzen, dass in den letzten Tagen 300.000 Rohingya nach Bangladesch gekommen sind. Tausende lagern noch immer ungeschützt unter freiem Himmel, am Straßenrand, auf kleinen Inseln, und suchen verzweifelt Zugang zu den bereits völlig überfüllten Lagern. Stündlich kommen weitere, auch sie nur mit Bündeln letzter Habseligkeiten. Sie alle brauchen Unterkunft, sanitäre Einrichtungen, Nahrung, Kleidung, Wasser, medizinische und psychosoziale Hilfe. Unsere Regierung kommt ihren Verpflichtungen nicht im Ansatz nach.

Wir von GK haben erst einmal Trockennahrung und Trinkwasser verteilt und damit begonnen, medizinische Hilfe zu leisten. Aktuell sind drei medizinische Teams im Einsatz, ein viertes soll von Psychologen verstärkt werden. Morgen geben wir Nahrungsmittelpakete aus. Nicht nur, doch besonders in der Solidarität mit den Rohingya habe ich das Gefühl, eine Arbeit zu leisten, die wohl nie aufhören wird.

Eilige Grüße aus Cox's Bazar.

Dr. Manzur Kadir Ahmed, Koordinator von Gonoshasthaya Kendra

Der medico-Partner Gonoshasthaya Kendra leistet Nothilfe für die aus Myanmar nach Bangladesch geflohenen Rohingya. Dafür braucht er Unterstützung.

**Spendenstichwort: Nothilfe Bangladesch
Spendenkonto DE21 5005 0201 0000 0018 00
www.medico.de/spenden**

